



Solidarität – da geht noch was

Befinden wir uns auf dem Weg in eine solidarische Gesellschaft oder entfernen wir uns von solidarischem Handeln? 18 taz-Genoss:innen stellen sich dieser Frage
25–40

Für eine Kultur des Gebens Foto: image source/getty images

Die taz wird ermöglicht durch

22.202

Genoss:innen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de

Anzeigen: 030 | 25 90 2 -130 / -325
anzeigen@taz.de

Kleinanzeigen: kleinanz@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38

Redaktion: 030 | 259 02-0
fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz

Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune

Genoss:innen

Redaktion Berlin:

Christian Heinisch

Elisabeth Eberstein

Ralf Liebers

Behshid Najafi

Sibylle Disch

Claus Oellerking

Michael Barker

Ulrich Nettelstroth

Nicola A. Mögel

Claudia Gebert

Paul Jerchel

Gerhard Werum

Jutta Wüst

Tanja Müller

Barbara Horn

Robert Köster

Genoss:innen

Außenredaktion:

Walter Lochmann,

Dietmar Rauter

Betreuung taz Redakteur:innen:

Volkan Açar, Jean-Philippe Baeck, Ruth

Fuentes, Malene Gürgen, Ulrich Guttmair,

Christian Jakob, Andreas Rüttenauer,

Tanja Tricarico

Layout: Sonja Trabandt

Betreuung Fotos: Isabel Lott

www.taz.de

Editorial des Redaktionsteams

Wir sind Geno-taz!

Gelegentlich kommt eine Mail von der taz Genossenschaft mit Informationen, Aufrufen oder Ankündigungen. Wie gründlich sie gelesen wird, ist eine Zeitfrage. Ende Mai kam mal wieder eine E-Mail. Diesmal bleibt der Blick hängen.

Die taz Genossenschaft feiert ihren 30. Geburtstag, und die Redaktion gibt aus diesem Anlass ihr Zepter aus der Hand. Eine Gruppe von Genoss:innen übernimmt 16 Seiten dieser Wochenendausgabe rund um das Thema Solidarität. Also schnell beworben und gewartet – und manchmal auch wieder vergessen. Dann kommt die Zusage. Und Euphorie. Nach und nach realisieren wir dann, worauf wir uns da eingelassen haben. Freude, die Redaktion der taz mal im Arbeitsmodus zu erleben, aber auch die bange Frage, ob wir den Anforderungen überhaupt gewachsen sind. Nach einer Videokonferenz zum Kennenlernen beginnen sofort ein reger Mail-Wechsel und Auseinandersetzungen um mögliche oder notwendige Schwerpunkte.

Endlich ist es soweit, wir treffen uns im Konferenzraum der taz. Dort stellen wir fest, dass wir den Durchschnitt der taz Genos-

s:innen abbilden: Ü50, leichter Männerüberhang, kaum Diversität und viel zu wenig junge Genoss:innen. Damit sind bestimmte Themen einfach nicht präsent.

Aus dem dennoch großen Fundus mitgebrachter und gemeinsam entwickelter Ideen haben wir mit der fachkundigen Unterstützung der Redaktion in vier Tagen diese Genoss:innen-taz gezaubert. Die tägliche Redaktionsarbeit hautnah zu erleben lässt uns zukünftig die taz mit neuer Hochachtung lesen.

Endlich geht es also los und wir sind sehr schnell in all unserer Solidarität gefordert. Welche Themen nehmen wir in die Ausgabe auf? Es gibt überall auf der Welt so viele Konflikte, aber eben auch Gegenmodelle mit Lösungsansätzen. Unterstützt durch die hervorragende Moderation aus der Redaktion finden wir unsere Auswahl.

Schon jetzt fühlen wir uns sehr bereichert durch die Diskussion zu den unterschiedlichen Themen und zu den manchmal auch kleinen Facetten von Solidarität, die wir hier zusammengetragen und diskutiert haben.

Im nächsten Schritt erfahren wir, welche redaktionellen Mög-

lichkeiten wir haben und wie all das konkret in der taz umgesetzt wird. Wir klären, wer die Interviews übernimmt, welche Formate passen, ob dieses oder jenes Titelbild besser geeignet ist, unsere Ideen zu übermitteln. Beim Schreiben unserer eigenen Artikel werden wir in unserer persönlichen Kooperationsbereitschaft herausgefordert. Denn unsere manchmal schon detailliert ausformulierten Gedanken konkurrieren mit dem begrenzten Platz.

Dieses Editorial entsteht zum Abschluss unserer gemeinsamen Arbeit. Auch wenn die ersten Tage relativ entspannt liefen, erleben wir jetzt den Hochdruck eines Redaktionsschlusses.

Wie wir mit Solidarität Demokratie- und Klimakrise lösen, den Weg für friedvolles Zusammenwirken und vertrauensvolle Partnerschaften bereiten und mehr Selbstwirksamkeit entwickeln können, dafür wollen wir hier Denkanstöße aus unterschiedlichen Blickwinkeln geben.

Liebe Leser:innen, fragend gehen wir voran. Her mit dem schönen Leben, dem solidarischen Leben, der Revolution für das Leben! Was dafür notwendig ist, müssen wir diskutieren.

: Linke Illusion, grüner Traum,
: Wolkenkuckucksheim – einige
: Möglichkeiten, Solidarität zu sehen.
: Traurig, wenn es die einzigen
: blieben

Anzeige

WERK Gut WOHNEN Schlatkow

eG i.G.

Mal ganz in Ruhe – Urlauben, Arbeiten und viel Meer

Die Idee – Co-Working und Urlaub

Gemeinschaftlich einen angenehmen Ort beleben
Ein ruhiger Ort zum temporären Arbeiten und Wohnen
Im Sommer: touristische Nutzung – auch für externe Gäste
Im Winter: Arbeitsaufenthalte, Gruppen, ruhige Auszeiten
Enge Zusammenarbeit mit der Gemeinde Schlatkow

Der Ort – Gutshof Schlatkow

Drei denkmalgeschützte Gebäude mitten im Ort
15 schöne kleine Wohnungen, kombinierbar zu großen
Herrlich große Gemeinschaftsräume mit Küchen und W-LAN
Ruhiges, großes Grundstück mit viel Grünfläche
Fertigstellung für 2024 geplant

Die Lage – 20 km zum Strand

Nicht weit zum Meer: 15km bis Usedom und Greifswald
Gut zu erreichen: nur 2km zum Bahnhof Klein Bünzow
Landschaftlich reizvolles Umland zum Wandern und Radeln
Baden und Paddeln leichtgemacht: 3km bis zur Peene

Die Genossenschaft

Gegründet am 1. April 2022 (kein Scherz! ;-))
Inhalt: Sanierung und Nutzung des Gutshofes
Derzeit rund 20 Mitglieder
Ziel: 50 bis 100 Mitglieder

Kontakt

<http://www.werk-gut-wohnen.de>
Tel.: +49 (0) 30 49 85 48 22
Mobil: +49 (0)179 76 777 34

Und warum Lidl?

Um auch den Aspekt der internationalen Solidarität angemessen berücksichtigen zu können, besteht die Snack-Verpflegung auf den Schreibtischen der an dieser Sonderausgabe beteiligten taz-Genoss:innen aus Lidl-Schokokekse und Birnen, die in dieser Jahreszeit von der Südhalbkugel nach Berlin verschifft werden. Ob für

die in den Keksen verwendete Schokolade Kinder in der Kakaopflanzung im Einsatz waren, konnte nicht nachhaltig ermittelt werden. Der Verdacht bleibt jedenfalls im Raum. Der anfallende Plastikmüll aus den Verpackungen wird vielleicht nach Afrika transportiert.

Fehlte uns also nur noch die Solidarität mit asiatischen Ländern. *Sibylle Disch*

Was Habermas sagt

Solidarität ist ein Begriff, der sich einer engen Definition erst mal entzieht. Vom Philosophen und Soziologen Jürgen Habermas stammt folgende Erklärung: „Wer sich solidarisch verhält, nimmt im Vertrauen darauf, dass sich der andere in ähnlichen Situationen ebenso verhalten wird, im langfristigen Eigeninteresse Nachteile in Kauf.“

Nicht um den Eigennutz geht es, sondern um den gemeinsamen Nutzen, der das eigene Wohlergehen umschließt. Und anders als der Begriff der Gerechtigkeit, der auf den Einzelnen und seine individuellen Rechte zielt, hat die Solidarität in diesem Verständnis den Genossen als Teil eines gemeinsamen Lebenszusammenhangs im Blick. *Ulrich Nettelstroth*

Eine Institution

Solidarität gedeiht am besten in einer nicht allzu großen Gruppe mit Menschen, die Gemeinsamkeiten oder ähnliche Interessen haben. Doch es gibt Risiken oder Bedürfnisse, die nicht im kleinen Rahmen abzuschließen sind. Hier kommt der Sozialstaat ins Spiel. Die Solidarität wurde in Form von Versicherungen **institutionalisiert**. Die Finanzierung erfolgt über Steuern oder Beiträge und die Einzelperson hat einen Rechtsanspruch auf Leistungen. Eine Art **freiwilliger organisierter Solidarität** wird in Selbsthilfegruppen, Sportvereinen oder religiösen Gemeinschaften gelebt. Diese Solidaritätsform ist ein Bindeglied zwischen der spontanen und der institutionellen Solidarität. *Elisabeth Eberstein*



Marsch für Zugehörigkeit: ein Teilnehmer der Marzahn Pride in Berlin zeigt seine Füße Foto: Florian Boillot

Wovon wir eigentlich reden

Solidarität gehört zum Alltag aller Menschen, auch wenn ihnen das nicht immer bewusst ist. Und doch ist eine Definition des Begriffs gar nicht so einfach – und missbraucht wird er noch dazu

Die Sache mit dem Solidaritätszuschlag

Die Geschichte des Solidaritätszuschlags (Soli) reicht in die Anfänge der 90er Jahre zurück. Ursprünglich sollten die Kosten für den Zweiten Golfkrieg refinanziert werden, inzwischen werden die Einnahmen auf rund zehn Milliarden Euro für das Jahr 2021 geschätzt, weil vor allem Spitzenverdiener*innen bezahlen. Der Soli hat dem Begriff der Solidarität geschadet – der sogenannte Aufbau Ost wäre sinnvoller und vor allem gerechter zu finanzieren, wenn endliche eine Vermögens- und eine Erbschaftsteuer eingeführt werden würde, gerne als neuer Soli. Dass strukturschwache Gebiete, im Osten

und im Westen der Republik, gestärkt werden müssen, steht als Anforderung an die Solidarität sogar im Grundgesetz.

Wenn in den jetzigen Krisen die Zahlen belegen, dass die Reichen immer reicher werden, reicht es nicht, auf vernünftige Erben oder solidarische Vermögende zu setzen. Die unteren und mittleren Einkommensgruppen müssen sich mit den Ausgegrenzten und Marginalisierten solidarisieren. „Oma ihr klein Häusje“ darf ja nach allen vorliegenden Konzepten behalten und vererbt werden. Anders als beim Solipreis der taz wird sich hier die Machtfrage stellen. *Walter Lochmann*

Weil ein Mensch nicht illegal sein kann

Mehr als 100 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Sie flüchten vor allem vor Armut, Hunger, mangelnder medizinischer Versorgung, mangelnder Schulbildung, ethnischer, politischer und religiöser Verfolgung, Krieg und vor Folgen der Umweltzerstörung. Dann gibt es Menschenrechtsverletzungen, die fast ausschließlich Frauen* und Mädchen* betreffen, die auf patriarchalen Strukturen basieren

und mit der Kontrolle über den Körper und über die weibliche Sexualität verbunden sind.

Jeder Mensch hat das Recht, bei Verfolgungen in anderen Ländern Asyl zu suchen und zu genießen. Dieses Recht ist in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 verankert.

Jeder Mensch hat ein Recht auf ein Leben in Würde. Die Umsetzung dieses Rechtes ist eine solidarische Tat. *Behshid Najafi*

Von Kriegs-Soli und Überstunden

Danyal Bayaz, Finanzminister in BaWü, schlägt eine Sondersteuer aufgrund des Ukraine-Krieges vor. Er spricht von „Kriegs-Soli“. Bundesfinanzminister Christian Lindner findet solidarische Überstunden besser. CDU-Chef Friedrich Merz brachte bereits einen „Bundeswehr-Soli“ ins Spiel. SPD und Linkspartei wissen, Sondersteuern in Kriegszeiten sind nicht außergewöhnlich. Aus

ihrer Sicht geht es um „Übergewinne“. Während der Weltkriege wurde in Frankreich, Großbritannien oder den USA eine Steuer erhoben, um Gewinne abzuschöpfen, „die entweder aufgrund oder während der Kriege erwirtschaftet und daher als ungerecht empfunden werden“, heißt es in einer Analyse des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages. *Claus Oellerking*

Die große Unwucht

Pandemien sind das prototypische Ereignis, das globale Solidarität einfordert. Ein Pathogen macht vor Landesgrenzen nicht halt. Globale Lieferketten und Reiseverkehr lassen die Welt zusammenrücken. Im Gegenzug sollte medizinischer Fortschritt global zugänglich sein. Covid-19 hat hingegen das globale System der Un-Solidarität

entlarvt. Trotz Covax, der globalen Initiative zum gleichberechtigten Zugang zu Impfstoffen, hat der Globale Süden das Nachsehen. Lieferungen hängen von der Großzügigkeit der Geberländer ab. Ein wichtiger Baustein für globale Solidarität, die Abschaffung der Patente auf lebenswichtige Arzneimittel, ist in weiter Ferne. *Tanja Müller*

Alles gemein

Commons sind materielle Zeugnisse von Solidarität. Zunächst in Klima- und Ökosystemforschung beachtet, sind sie Grundlage für Kulturen des Teilens abseits der gewinnorientierten Sharing Economy. Commons basieren auf dem gemeinsamen Beitragen ohne die Erwartung unmittelbarer Gegenleistungen und auf der Achtsamkeit gegenüber Rege-

nerationszyklen von Ressourcen. Damit können sie neben dem Wikipedia-Artikel, dem Brot der Solidarischen Landwirtschaft oder dem in der Hausgemeinschaft geteilten Werkzeugkasten so ziemlich alles umfassen. Ihre gemeinsame Verwaltung und Nutzung wird Commoning, zu deutsch Gemeinschaffen, genannt. *Paul Jerchel*

Anzeige

Die ersten genossenschaftlichen Haferdrinks aus der Region!

Jetzt im Kühlregal im Biohandel!

- ✓ solidarisch
- ✓ vielfältig
- ✓ köstlich

www.havelmi.org

18 taz-genoss:innen, die diese Ausgabe gestaltet haben, erklären in kurzen Worten ihr Verständnis von Solidarität

Fotos: André Wunstorf



Christian Heinisch, Reinfeld (Schleswig-Holstein)

„Solidarität ist für mich eine ethisch-politische Haltung der Verbundenheit, von der ich, eher ein Individualist und Egoist, oft recht weit entfernt bin. Umso mehr bewundere ich Menschen, die zu solidarischem Handeln imstande sind.“

„Pflegen heißt trösten, helfen, reden“

Wie solidarisch eine Gesellschaft ist, erkennt man auch daran, wie sie mit ihren Alten und Kranken umgeht. Pfleger:innen haben keine Zeit für sie, sagt Fachkräftelehrerin Anja Strümpfler

Interview Jutta Wüst



Historische Aufnahme aus einem Krankenhaus um 1900 mit idealem Betreuungsverhältnis Foto: Teutopress/imagio

taz: Frau Strümpfler, mit 18 Jahren haben Sie Ihre Ausbildung zur Gesundheits- und Krankenpflegerin begonnen. Wie lange haben Sie anschließend in dem Beruf gearbeitet?

Anja Strümpfler: 12 Jahre. Zu meiner Zeit, ich habe die Ausbildung 2004 abgeschlossen, waren die Ausbildungsbedingungen noch ideal, ich rede gerne vom Ponyhof. Alles war entspannter, es gab genug Perso-

nal. Wir hatten genug Zeit für die PatientInnen, die Zusammenarbeit mit den ÄrztInnen verlief gut. Ich habe später dann das Abitur nachgeholt, um Lehrerin für Pflegeberufe zu werden, und den Master in Health Profession Education absolviert.

Heute bilden Sie selbst Pflegekräfte aus.

Ja, ich liebe meinen Beruf. Für mich ist er eine Art Berufung. Aber der Anspruch auf

gute Pflege, den wir als Lehrkräfte vermitteln, unterscheidet sich sehr von dem, was SchülerInnen in der Praxis erleben. Es gibt eine Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis.

Was heißt das konkret?

Es gibt keine Zeit, um Gelerntes umzusetzen und überhaupt um sich den Patienten zu widmen, zum Beispiel in Beratungsgesprächen. Der Wendepunkt war vermutlich das Jahr 2003, als die Fallpauschalen (DRG) eingeführt wurden, die die Tagespauschalen ersetzt haben.

Was hat sich seither verändert?

Es gab Kürzungen im Gesundheitswesen, Krankenhäuser wurden geschlossen, und ganze Jahrgänge von Pflegefachkräften wurden damals nicht übernommen. Sie und auch die aus geschlossenen Krankenhäusern entlassenen Pflegefachkräfte wurden dadurch arbeitslos und gingen teilweise ins Ausland. Es gab ein Überangebot an Pflegepersonal. Aus eigener Erfahrung kann ich berichten, dass so eine Konkurrenzsituation um freie Stellen entstanden ist.

Wie schätzen Sie die Situation der Pflege heute ansonsten ein?

Wir haben einen massiven Pflegenotstand. Zu wenig Personal, zu hohe Fluktuation. Ständiger Bezugspersonenwechsel. Einrichtungen, die Menschen versorgen, arbeiten zunehmend mit Mietpflege. So kann keine Teamarbeit entstehen. Der Pflegektor wird immer weiter privatisiert. Die Folgen des Pflegenotstandes bekommen schon die PflegefachkräfteschülerInnen zu spüren. Oftmals ersetzen sie das Pflegepersonal, ein Drittel der SchülerInnen bricht die Ausbildung aus genannten Gründen vorzeitig ab. Es gibt nicht genug Bewerbungen für die Pflegefachschulen. Es werden ganze Klassen mit Menschen aus anderen Ländern belegt. Ist es solidarisch, sie die Arbeit erledigen zu lassen, die für uns zu schwer, zu schlecht bezahlt und gesellschaftlich nicht anerkannt ist?

Also sind es vor allem ökonomische Faktoren, unter denen die Pflegearbeit leidet?

Auch der demografische Wan-

del, also dass die Menschen immer älter werden, in Verbindung mit der High-Tech-Medizin wirken sich auf die Arbeitssituation aus. Sie machen die Pflege noch aufwendiger und anspruchsvoller als ohnehin schon. Eine weitere wichtige Veränderung im Pflegebereich ist die sogenannte Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PpUGV). Sie legt fest, wie viele Patienten eine Pflegefachkraft höchstens betreuen darf.

Hilft diese Regelung, die Qualität der Pflege zu sichern?

Im Prinzip ist sie eine sehr gute Idee. Aber in der Praxis führt sie dazu, dass bei nicht ausreichend Pflegekräften Stationen geschlossen, Operationen abgesagt werden und Einrichtungen in finanzielle Schwierigkeiten geraten.

Gäbe es mehr Pflegekräfte, wenn der Beruf besser bezahlt würde?

In der Ausbildung verdient man im ersten Jahr 1.200 und im dritten Jahr 1.380 Euro brutto. Bei den Mieten in Berlin ist das zu wenig. Später im Beruf bekommt man 3.600 Euro brutto

plus Schichtzulagen als Gehalt. Wenn man Pflegekräfte besser bezahlen würde, würden sich viel mehr Menschen für den Beruf entscheiden. Ich schlage ein Einstiegsgehalt von 4.000 Euro vor. Ein weiterer Anreiz könnte sein, dass man Pflegenden einen früheren Renteneintritt gewährt.

Wie würden Sie gute Pflegearbeit definieren?

Pflegen heißt trösten, helfen, reden, unterstützen und dafür unendliche Dankbarkeit bekommen. Und nicht nur das Bedienen eines Beatmungsgeräts auf einer Intensivstation kurz vor dem drohenden Burn-out.



Foto: privat

Anja Strümpfler 39 Jahre, lebt in Berlin. Sie unterrichtet an der Akademie Waldfriede in Berlin angehende Pflegefachkräfte und arbeitet in der Fort- und Weiterbildung.

INTERNATIONALER TAG DER GENOSSENSCHAFTEN 2021

Gemeinschaftlich besser wieder aufbauen!

Wer mit anderen zusammen mit einem Unternehmen die Welt etwas besser machen möchte, gründet eine Genossenschaft!

Z Genossenschaft gründen!

www.genossenschaftsgruendung.de

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.
Baumeisterstr. 2 | 20099 Hamburg | Tel. 040-2 35 19 79-0

Vier statt eine

Was wäre, wenn Fürsorge-, politische und kulturelle Arbeit der Erwerbsarbeit gleichgestellt wären? Frigga Haugs Idee einer solidarischen Gesellschaft

Von Sibylle Disch

Die Kinder waren noch nicht im Kindergarten, da kamen schon die Fragen, wann ich wieder „arbeiten“ gehe. Anfangs machte mich das sprachlos, hatte ich doch nicht den Eindruck, nicht zu arbeiten. Ganz im Gegenteil. Nach sechs Jahren im Verlagswesen, selbst finanziertem Wirtschaftsstudium und zehn Jahren Selbstständigkeit in der Erwachsenenbildung war und ist Kinder ins Leben begleiten und mich zivilgesellschaftlich zu engagieren der schönste und anstrengendste aller Jobs – auch wenn es keine gesellschaftliche Anerkennung dafür gibt.

In unserer Gesellschaft ist Arbeit als Erwerbsarbeit definiert. Doch Erwerbsarbeit ist ohne Reproduktionsarbeit nicht möglich, diese muss also auch angemessen bezahlt werden.

Liebe Entscheider:innen in Wirtschaft und Politik, wer hat euch den Popo abgeputzt, Euch ins Bett gebracht und Einschlaflieder gesungen, das Schulbrot geschmiert, ein Pflaster aufs Knie geklebt, bei den Hausaufgaben geholfen und beim ersten Liebeskummer getröstet? Wer sorgt jetzt dafür, dass die Hemden gebügelt sind, der Anzug gereinigt und der Kühlschrank mit Feinkost gefüllt? Wer versorgt eure alten Eltern? Frauen, die einen Hungerlohn bekommen oder überhaupt nicht bezahlt werden.

Auch wenn das alles lange bekannt ist und kreuz und quer diskutiert wird – geändert hat sich für Reproduktionsarbeiter:innen nichts. Im Gegenteil. Die Klagen aus Unternehmen über das sinkende Bildungsniveau und den mangelnden Respekt der heutigen Schulabgänger:innen sind das Ergebnis dieser Haltung. „Kinder kannst du nicht erziehen, sie machen dir sowieso alles nach“ heißt nichts anderes als dass Familie – im Sinne eines stabilen sozialen Bezugssystems – für Kinder in den ersten

Jahren entscheidend ist. Erleben sie hier Geborgenheit, Zuwendung und Gleichwürdigkeit, dann können sie Eigensicherheit und soziale Kompetenzen entwickeln. Von den Eltern erfordert das eine unbedingte Hingabe, denn Kleinkindbedürfnisse können nicht warten oder ausdiskutiert werden.

Familien geben unserer Gesellschaft Kontinuität. Sie stehen im Zentrum und brauchen besonderen Schutz. Doch das männlich dominierte Herrschafts- und Wirtschaftssystem des Ressourcenverbrauchs zur Renditeoptimierung zeigt schon lange, dass es nicht in der Lage ist, diesen Schutz und die damit verbundene Wertschätzung umzusetzen. Im Gegenteil, Familien werden immer weiter an den Rand gedrängt, Mütter, die schon in der Schwangerschaft ihren Körper solidarisch mit ihrem Kind teilen und im Anschluss 24/7 Fürsorgearbeit leisten, erfahren keinerlei gesellschaftliche Anerkennung. Verabschieden sich dann noch die Väter aus dem System, haben Mütter endgültig verloren.

Wie wäre es, ein neues menschenwürdiges und solidarisches Gesellschaftsmodell auszuprobieren? Eine im wahren Wortsinn neue Räume eröffnende Idee ist die „Vier-in-einem-

Perspektive“ von Soziologin Frigga Haug, die sie in einem gleichnamigen Buch aus dem Jahr 2008 vorstellt. Haug schlägt in ihrem Modell vor, dass neben der Erwerbsarbeit auch die Fürsorgearbeit, politische und kulturelle Arbeit als menschliche Arbeit anerkannt werden und die 16 Stunden, die allen pro Tag zur Verfügung stehen (plus 8 Stunden für Schlaf), gleich-

Es ist Zeit für ein Gemeinschaftsmodell, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht

mäßig auf diese vier Bereiche aufgeteilt werden. Damit ergibt sich eine 20-Stunden-Woche als neue Vollzeit-Erwerbsarbeit.

Klar hat eine solche Umstellung Auswirkungen auf die heilige Kuh „Wirtschaftswachstum“. Ein Blick auf den jährlichen Erdüberlastungstag – also den Tag, an dem wir alle Ressourcen, die uns für das Jahr zur Verfügung stehen, schon verbraucht haben und der in jedem Jahr eher eintritt, in diesem

Jahr schon am 4. Mai – zeigt deutlich, dass diese heilige Kuh eine bald schon sehr endliche Größe ist. Unsere Gesellschaft braucht dringend eine solidarische Ausrichtung.

Doch nicht nur die Fürsorge für Kinder ist eine in unserem gegenwärtigen Wirtschaftssystem ausgeblendete Größe. Auch unser Gemeinwesen lebt davon, dass sich Menschen einbringen. Demokratie lässt sich nicht delegieren – sie geht uns alle an. Wie bunt und vielfältig unsere Parlamente vom Gemeinde-Bürger:innen-Rat bis zum Bundestag in Zukunft besetzt sein könnten, wenn wir 4-in-1 praktizieren. Und wie wir uns darin wiederfinden könnten, statt „auf die da oben“ zu schimpfen.

Bleibt noch die kulturelle Arbeit. Hier finden sich alle wieder, die schon Sorge um ihre Freizeitgestaltung haben. Auch das ist Arbeit, denn auch wenn wir als sozial-kooperative Wesen geboren werden, braucht es andere Menschen, um nicht nur äußerlich zu wachsen und zu reifen.

Es ist an der Zeit, das kapitalzentrierte System unseres Zusammenlebens zu verabschieden und in ein solidarisches Gemeinschaftsmodell zu wechseln, in dem der Mensch und nicht die Rendite im Mittelpunkt steht.



Ralf Liebers, Sankt Augustin bei Bonn

„Solidarität ist die tatkräftige Unterstützung dringender Bedürfnisse anderer.“



Behshid Najafi, Köln

„Solidarität heißt für mich Einsatz für Menschenrechte. Menschenrechte sind universell und unveräußerlich; sie gelten für alle und überall.“



Zuflucht mit Anschluss an die Familie

Viele Geflüchtete aus der Ukraine sind privat untergekommen. Ein Besuch in einer ungewöhnlichen Wohngemeinschaft in Brandenburg

Aus Falkensee **Ulrich Nettelstroth**

Gelebte Solidarität: Jörg Schmidt-Wottrich (l.) und Anissja Wottrich (Mitte) mit ihren Mitbewohnerinnen aus der Ukraine
Foto: Ulrich Nettelstroth

Der Wald ist dicht und grün hier. Das ist Lena Kasjanova gleich aufgefallen, als sie am 8. März mit ihrer Tochter Mascha in der brandenburgischen Kleinstadt Falkensee am Rande von Berlin angekommen ist. Fünf Tage vorher hatte sie eine Reisetasche gepackt in Saporischschja in der Ostukraine und ihre Heimat verlassen. Unter-

geschlüpft ist sie bei Jörg Schmidt-Wottrich und Anissja Wottrich. „Wir waren völlig schockiert über den Einmarsch der Russen in die Ukraine und hatten ein starkes Bedürfnis, etwas zu tun“, berichtet Jörg Schmidt-Wottrich. Sie hatten im Souterrain ein Zimmer mit separater Bad frei. Früher wohnten dort Au-Pairs, darunter auch zwei Ukrainerinnen, später eine Austauschschülerin aus Kalifornien. Jetzt sind Mutter und Tochter aus der Ukraine dort untergekommen. Für Jörg, von Beruf Rechtsanwalt, und Anissja, Fachärztin für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie, ist das eine unproblematische Wohngemeinschaft. „Wir kochen zusammen, wir essen zusammen“, sagt er. Weil er von zu Hause aus arbeitet, kann er die Gäste gut im Alltag unterstützen.

Die Verständigung läuft über den Übersetzungscomputer im Handy, den „Perevodchik“, wie er auf Russisch heißt. Die 39-jährige Lena Kasjanova, die als Tochter eines sowjetischen Militärangehörigen bis zum zweiten Geburtstag in der DDR gelebt und später in der Schule etwas Deutsch gelernt hat, versteht aber auch schon viel ohne das Gerät. Sie hat Mühe, auf Hilfe angewiesen zu sein, denn in der Ukraine stand sie immer auf ihren eigenen Beinen, hatte eine kleine Produktion von Kinderkleidung. In ihrem Zimmer im Souterrain stehen zwei Nähma-

schinen. Sie näht wieder Kleider, vielleicht kann sie auch in ihrem erlernten Beruf als medizinische Fachangestellte in einer russischsprachigen Zahnarztpraxis in Berlin anfangen. „Das Wichtigste ist für mich, dass meine Familie bei mir ist“, sagt sie und meint die neunjährige Mascha, die mit dem Fahrrad in die nahe Grundschule fahren kann, aber auch ihren Mann, mit dem sie täglich per Videotelefonat Kontakt hat. „Er passt auf das Haus auf“, sagt sie. Die Frontlinie ist nah, seine Bau-firma steht seit Kriegsbeginn still.

„Solidarität für Menschen mit europäischem Hintergrund oder für Deutsche falle offenbar leichter“

Wilhelm Heitmeyer, Soziologe

Mehr als 850.000 Menschen aus der Ukraine sind seit Ende Februar nach Deutschland geflüchtet. Im Landkreis Havelland, zu dem Falkensee gehört, wurden 1.500 aufgenommen, davon allein 1.200 privat in Familien, berichtet Jörg Schmidt-Wottrich, der auch in der örtlichen Willkommensinitiative aktiv ist. Die Hilfsbereitschaft ist groß, auch

Deutschunterricht und Unterstützung bei Behördengängen wird durch die Initiative organisiert.

Solche Hilfsbereitschaft für Geflüchtete ist nicht selbstverständlich, sagt Wilhelm Heitmeyer, Soziologe an der Universität Bielefeld. Wenn es um die Solidarität mit notleidenden Menschen gehe, gingen eher wenige mit einem universalistischen Ansatz heran, der alle gleichwertig zu behandeln versuche. „Andere legen eurozentristische oder ethnonationale Kriterien an“, sagt Heitmeyer. Solidarität für Menschen mit europäischem Hintergrund oder für Deutsche falle also leichter.

Als 2015 Kriegsflüchtlinge aus Syrien kamen, habe es zwar zunächst aufgrund der Bilder vom Krieg eine große Hilfsbereitschaft gegeben, es sei dann aber bald eine Gegenbewegung eingetreten. „Das Wort von der Willkommenskultur war damals ein gefährlicher Begriff“, sagt der Soziologe. Er habe die Aufnahme der Flüchtlinge idealisiert und gleichzeitig signalisiert, dass es sich um eine dauerhafte Aufnahme handle. Das habe eine Abwehr provoziert, insbesondere im rechten Spektrum mit ethnisch-nationalen Solidaritätsvorstellungen bis hin zur Gewalt. Außerdem seien anfangs teilweise falsche Bilder verbreitet worden, von Familien mit Frauen und Kindern in kleinen Booten auf dem Mittel-

meer. In den Aufnahmezentren hätten dann aber vielfach junge Männer dominiert. „Oft wurde den Flüchtlingen eine Einwanderung in die Sozialsysteme unterstellt, ohne verfolgt zu sein“, sagt Heitmeyer.

Geflüchtete aus der Ukraine hätten es heute leichter, es gebe weniger Abwehr. Sie würden oft als Teil der europäischen Familie und nicht als Flüchtlinge aus fremdem Kulturkreis empfunden. Eine Rolle spiele auch, wie sich Entscheidungsträger positionierten. Menschen aus der Ukraine würden von Politik und Behörden willkommen geheißen, zumal vor allem Frauen mit Kindern geflüchtet seien.

Jörg Schmidt-Wottrich und Anissja Wottrich haben schon 2015 kurzzeitig eine afghanische Familie aufgenommen und waren kontinuierlich an Hilfen für Geflüchtete, etwa aus Syrien, beteiligt. Dass jetzt die Solidarität noch größer ist, hat aus ihrer Sicht auch mit dem Bedrohungsgefühl zu tun, das der Krieg in der Ukraine hier auslöse, im Unterschied etwa zu den ebenfalls sehr nahen Jugoslawienkriegen der 1990er Jahre. Deutschland sei mit Waffenlieferungen involviert und von den Russland-Sanktionen betroffen. Den Wunsch ihrer Mitbewohnerin können beide unterschreiben. „Solidarität wäre für mich“, sagt Lena Kasjanova, „wenn die Menschen friedlich zusammenleben.“



Sibylle Disch, Freiburg
„Solidarität heißt, das Wohlergehen anderer, ob Nachbarin, Kaffeebäuerin oder uigurische Zwangsarbeiterin, in mein Handeln einzubeziehen – auch wenn das wider die eigene Bequemlichkeit läuft.“



Claus Oellerking, Schwerin
„Solidarität ist eher keine Frage des Gefühls, sondern des Verstandes. Es wäre gut zu erkennen, dass wir auf diesem Planeten alle in einem Boot sitzen, und uns auch dementsprechend zu verhalten.“

Anzeige

EWS
Elektrizitätswerke
Schönau

Energie in
Bürgerhand!

Gemeinsam was bewegen!

Für eine nachhaltige Energieversorgung und Klimaschutz, gegen Atomkraft und Kohlestrom – als Genossenschaft verbinden die EWS bürgerschaftliches Engagement, Mitbestimmung und Dezentralisierung.

ews-schoenau.de/genossenschaft

Überall selbstgewisse Ratlosigkeit

Die Debatte darum, wie der Krieg in der Ukraine beendet werden kann, lässt viele hilflos zurück. Doch es geht darum, Kräfte zu bündeln, anstatt sie zu verschwenden. Eine Aufgabe für die Zukunft

Von **Elisabeth Eberstein**

Es gibt derzeit zwei Meinungen, wie sich die Bundesregierung in Bezug auf den Ukraine-krieg verhalten sollte. Die einen halten die Lieferung von vielen und effektiven Waffen für unumgänglich, um die Ukraine in die Lage zu versetzen, sich gegen den russischen Aggressor zu behaupten. Die anderen sehen weitere Waffenlieferungen als nicht zielführend an, sondern wünschen sich, dass die Kriegsparteien an den Verhandlungstisch kommen. Gegenseitig wirft man sich Egoismus, Mangel an Empathie oder Dummheit vor. Dass auch Menschen mit einer anderen Sichtweise wohlmeinende Motive haben könnten, wird schlicht ge-leugnet.

Die Einschätzung der Person Putin wirkt dagegen auf beiden Seiten seltsam ähnlich. Er

wird einerseits als komplett irrational angesehen, nämlich als durchgeknallt genug, den dritten Weltkrieg samt Atomwaffeneinsatz anzuzetteln, sollte er zu sehr gereizt werden. Beziehungsweise als so großwahn-sinnig, dass er sogar Nato-Staaten angreifen würde, um das großrussische Reich wieder zu errichten. Obwohl die russische Armee ja nicht mal bis Kiew ge-kommen ist.

Andererseits halten beide Parteien Putin für rational genug, angemessen zu reagieren, sollten jeweils ihre Vorschläge umgesetzt werden. Wenn man nur ausreichend große Anstrengungen unternahme, werde Putin bereit sein zu verhandeln und die mit ihm geschlossenen Verträge würden den Frieden sichern, lautet eine Annahme. Oder: Die Ukraine wird in einer Weise militärisch aufgerüstet und unterstützt, dass Putin sich entweder zurückzieht oder

vertrieben werden kann. Beides klingt nicht sehr realistisch.

Was, wenn er tatsächlich ver-rückt ist? Kann ein irrationaler, über Atomwaffen verfügender Diktator gestoppt werden, ohne die Apokalypse auszulösen – außer durch Tyrannenmord? Möglicherweise ist es aber auch ganz anders. Putin gibt den Größen-wahnsinnigen, damit wir zit-tern. Tatsächlich plant er aber rational und eiskalt strategisch. Und auch wenn der Krieg für ihn vielleicht nicht nach Plan läuft, passt er die Kriegsziele so an, dass er den Status quo als Erfolg verkaufen kann.

Wie kann der Krieg und damit Leid, Tod, Zerstörung beendet werden? Ich bin ratlos. Mich beschleicht der Verdacht, dass die Stimmen, die besonders selbst-gewiss auftreten oder andere Meinungen diffamieren, damit vor allem die eigene Hilflosigkeit überspielen. Meine große Unsicherheit in dieser Lage

führt dazu, endlich nicht nur Meinungen zu dem Thema hören zu wollen, sondern die Einschätzung von Experten, die mir sagen, wie es weitergehen kann. Aber ist das möglich? Gibt es jemanden, der voraussagen kann, was auf Entscheidungen, die der Westen trifft, folgen wird? Wird eine massive militärische Unterstützung der Ukraine ihr ermöglichen zu siegen? Oder verlängert das nur das Leid und später muss doch eine Verhandlungslösung gefunden werden?

Mit dieser Unsicherheit leben wir derzeit. Ich wünsche mir, dass wir uns nicht durch maßlose Herabwürdigungen gegenseitig schwächen, sondern gemeinsam – mit der Ukraine, mit Konfliktforschern, mit allen, die Expertise einbringen – nach Lösungen für diesen Konflikt suchen. Solidarität mit der Ukraine können wir nur üben, wenn wir auch miteinander respekt-voll und solidarisch umgehen.

Als im Januar 2021 Noam Chomskys „Rebellion oder Untergang“ auf Deutsch erschien, hielt ich seine Warnung vor dem atomaren Untergang als der größten Gefahr für diesen Planeten für nicht sehr aktuell. Die Klimakatastrophe war allgegenwärtig: Fridays for Future, das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens, der Schlussbericht des Weltklimarates mit seinen katastrophalen Zukunftsprognosen.

Seit Ende Februar ist alles anders. Am 24. Februar beginnt Russland gegen die Ukraine einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Ich habe nicht mit diesem Überfall gerechnet. Bis dahin hatte ich auf die in der Schlussakte von Helsinki festgeschriebenen Prinzipien und Rechtsverbindlichkeiten vertraut: Die souveräne Gleichheit der Staaten sollte geachtet werden, es sollte keine Androhung oder Anwendung von Gewalt gegenüber anderen Staaten geben, die Unverletzlichkeit der Grenzen wurde zugesichert, die Menschenrechte Beachtung finden. Unterzeichnet wurde die Schlussakte von allen EU-Staaten, den USA, der Sowjetunion und Kanada. Nach der Unterzeichnung 1975 begannen sich die Ost-West-Beziehungen zu normalisieren. Weitere Entwicklungen mit Unterstützung von Gorbatschow führten am 3. Oktober 1990 zur deutschen Wiedervereinigung und Anfang der 90er Jahre zur Auflösung des Warschauer Paktes.

Die Geschichte der UN und der Konferenz über Sicherheit in Europa (KSZE) mit der Schlussakte von Helsinki sind Reaktionen der Staatengemeinschaft auf den mörderischen Expansionskrieg Deutschlands unter Hitler im Zweiten Weltkrieg. Es sollte mit den Prinzipien verhindert werden, dass jemals wieder sich ein solcher Krieg entwickeln würde. 1999 schlägt der damalige russische Präsident Boris Jelzin Wladimir Putin als seinen Nachfolger vor, die Duma stimmt zu. Seit dem 7. Mai 2000 ist er nun Präsident der Russischen Föderation mit einer Unterbrechung von 2008 bis 2012.

Niemand steht außerhalb der Geschichte

Der Angriffskrieg auf die Ukraine und die weltweiten Folgen sind – aus historischer Perspektive – nicht überraschend. Eine Analyse

Von **Barbara Horn**



Charkiw, im April 2022: Ein von russischem Militär zerstörtes Verwaltungsgebäude Foto: Shin Yahiro/Redux/laif

In diesen Zusammenhang gehört auch der Atomwaffensperrvertrag. Der erste Vertrag wurde am 1. Juli 1968 von den USA, Großbritannien und der Sowjetunion unterzeichnet. Bis 2005 unterschrieben 191 Staaten die Vereinbarung über den Nichtbesitz und die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen. Mit der Auflösung des Warschauer Paktes 1991 entstanden neben Russland etliche Einzelstaaten wie etwa Belarus und die Ukraine. Zu Zeiten des Warschauer Paktes waren die sowjetischen Atomsprenköpfe nicht nur im russischen Kernland, sondern auch in der Ukraine, in Belarus und in Kasachstan gelagert. Besonders die Ukraine ging mit rund 1.000 Atomsprenköpfen ausgestattet aus dem Warschauer Pakt hervor. Weder die USA noch Russland waren davon begeistert. Die Ukraine legte damals aber keinen großen Wert auf ihren atomaren Besitz. Während Russland die atomaren Sprengsätze natürlich gerne haben wollte.

Diese Staaten des Warschauer Paktes waren gegen entsprechende Sicherheitsgarantien bereit, sich von ihrem atomaren Vermächtnis zu trennen.

Gemeinsam gegen die Macht der Konzerne und den Kapitalismus

Ende 1994 wurden in Budapest drei Memoranden unterzeichnet von Russland, den USA, Großbritannien, der Ukraine, Belarus und Kasachstan. Ihnen wurde als Gegenleistung zugesagt, die Souveränität und die bestehenden Grenzen dieser Länder zu respektieren, das UN-Gewaltverbot zu achten und andere Verpflichtungen, die sich aus der Schlussakte von Helsinki, aus der UN-Charta und aus dem Atomwaffensperrvertrag ergeben, einzuhalten.

20 Jahre später sollte Putin mit der Annexion der Krim alle Verträge und Vereinbarungen brutal in den Papierkorb treten. Damals – 1994 – wäre die Ukraine die drittstärkste Atommacht der Welt gewesen. Niemand hätte sie zwingen können, ihr atomares Arse-

nal abzugeben. Russland andererseits wollte die Sprengköpfe haben. Der Deal: Sprengköpfe gegen Sicherheit der staatlichen Souveränität.

Und jetzt 2022 der Überfall auf die Ukraine. Wieder gibt es einen eklatanten Bruch aller Vereinbarungen, die die Staaten seit Ende des Zweiten Weltkrieges getroffen haben, um genau so eine Situation zu verhindern. Es ist der schreckliche Eindruck entstanden, als könne nur ein atomarer Schutzschirm Sicherheit geben. Schweden und Finnland haben das erkannt. Auch andere Länder werden sich in den nächsten Jahren darum bemühen, selbst Atomwaffen zu entwickeln, wie der Iran. Chomsky sieht als einzige Möglichkeit gegen die ständige Weiterentwicklung atomarer Arsenale eine weltweite, staatenübergreifende Solidarität aller Menschen. Sie sollten sich zusammenschließen, um die Macht der Konzerne und das Treiben des Kapitalismus in die Grenzen zu weisen.

Wie geht es weiter in Europa? Niemand weiß es. Die Menschen in der Ukraine kämpfen um ihre Souveränität, die ihnen die Weltgemeinschaft einst zugesichert hat. Aber die Solidarität der Staaten ist gering, weltweite Solidarität der Menschen, wie Chomsky sie fordert, ist nicht absehbar. Ein Beispiel dafür ist die Energieabhängigkeit von Russland. Wäre sofort auf die Einfuhr russischer Energie verzichtet worden, hätte dies einen Wohlstandsverlust vergleichbar mit dem Jahr 2000 bedeutet. War 2000 wirklich so schlecht? Ich frage mich, ob mit unserem halbherzigen Energieembargo überhaupt etwas erreicht wurde. Putin hatte Zeit, sich neue Gasabnehmer zu suchen. Die Preise sind gestiegen, der Rubel ist stärker als vor dem Krieg. Putin kann es sich leisten, Gaslieferungen nach und nach einzustellen. Ist dies wirklich überraschend? Was zählt, ist offenbar nach wie vor ein dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum. Mit Blick auf die Klimakatastrophe gibt es aber keine Alternative zu der Abkehr von diesem Prinzip. Dies fordert auch der Weltklimarat. Für Chomskys Vision einer weltweiten Bewegung von unten ist es wohl noch zu früh.

Kriegsgeflüchtete sind nicht alle gleich

Schwarze Menschen, die aus der Ukraine fliehen, sind häufig Rassismus und Ausgrenzung ausgesetzt. Über die Grenzen der Solidarität

Von **Tanja Müller**

Im Februar diesen Jahres sprangen zum ersten Mal die Sirenen im ukrainischen Dnipro an. Korrine Sky und viele ihrer Kommiliton:innen wussten unmittelbar, es war an der Zeit zu fliehen. Zum zweiten Mal in Korrires Leben. Die heute 26-jährige wurde in Simbabwe geboren und kam als Geflüchtete vor einem autoritären Regime mit sechs Jahren nach Großbritannien, verbrachte dort ihre Kindheit. Vor etwas mehr als einem Jahr nutzte sie die Möglichkeit, in der Ukraine, in Dnipro, Medizin zu studieren.

Am Tag, als die Sirenen losgehen, macht sich Korrine mit einer Gruppe von Menschen simbabweischen Ursprungs mit dem Auto auf den Weg raus aus der Stadt. Sie wollen nach Lwiv, dann Richtung Polen. Unterwegs wird die Gruppe oft angehalten, rassistisch beleidigt und bedroht, von der ukrainischen Polizei sowie von selbsternannten Milizen. Immerhin haben sie ein Auto. Andere afrikanische Student:innen aus Dnipro erzählen später, wie sie aus Zügen gedrängt wurden mit dem Hinweis „nur für Ukrainer:innen“.

Auch dringen erste Meldungen über die soziale Medien durch, dass besonders an der polnischen Grenze Geflüchtete mit schwarzer Hautfarbe ausgesondert und ablehnend empfangen werden. Korrires Gruppe entscheidet sich deshalb für die

Deutschland feiert sich wegen seiner Hilfe für Geflüchtete. Doch gilt die Solidarität für alle?

Grenze nach Rumänien. Dort angekommen, werden sie von den ukrainischen Grenzbeamten:innen direkt aussortiert. Es gab den Übergang für Ukrainer:innen, erzählt Korrine im Nachhinein, die einfach über die Grenze laufen konnten, ohne Schlangen oder größere Checks, zumindest so sie keine Männer im wehrfähigen Alter waren. Die nächsten in der Hierarchie waren Inder:innen und andere Asiat:innen. Dann gab es die Warteschlange für Menschen mit schwarzer Hautfarbe. Sie mussten oft viele Stunden dort ausharren. Korrine und ihre

Gruppe schaffen es nach vier Tagen schließlich nach Rumänien, erschöpft, aber der Empfang dort ist herzlich.

Da Korrine die britische Staatsangehörigkeit besitzt, kann sie schnell weiterreisen, nach Hause, nach London. Für viele andere der afrikanischen Student:innen in der Ukraine ist das nicht so einfach. Die Botschaften haben geschlossen. Visa zu bekommen ist quasi unmöglich, und aus dem Traum eines Studiums oder einem jahrelangen normalen Leben in der Ukraine wird schnell die Abschiebung.

Ob sie das Studium weiterführen können, ist für viele ungewiss. Die Universität in Dnipro ließ alle Student:innen wissen, der Universitätsbetrieb liege erst mal auf Eis. Zwar gibt es in einigen europäischen Ländern Studienangebote für Geflüchtete aus der Ukraine. Aber auch hier gilt: Nur wer einen ukrainischen Pass hat darf weiter studieren.

Wer nicht die ukrainische Staatsangehörigkeit besitzt, hat erst einmal wenig Rechte und muss im besten Fall ein für viele undurchsichtiges Asylverfahren durchlaufen. Als Ukrainer:in hat

man mehr Glück. Es gibt die Anerkennung und ein Bleiberecht, zumindest auf Zeit. Alles relativ unbürokratisch.

Dies erinnert an die Zeit der Geflüchteten aus Syrien, deren Abschlüsse oder Studienzeiten ebenfalls nicht anerkannt oder berücksichtigt wurden. Hier wie dort scheint es nicht darum zu gehen, was an Universitäten an Inhalten gelehrt wird, sondern wer die Lernenden sind – (weiße) Europäer:innen oder Menschen anderer Hautfarbe und Kultur.

Die sogenannte europäische Solidarität mit der Ukraine macht einen Unterschied zwischen den Geflüchteten aus der Ukraine mit ebendiesem Pass und Menschen aus anderen Ländern, besonders denen des Globalen Südens. Und das, obwohl diese in der Ukraine oft seit vielen Jahren ihren Lebensmittelpunkt haben oder dort studieren.

Solidarität in Zeiten des Krieges ist damit nicht unteilbar. Doch ist Solidarität überhaupt das richtige Wort? Deutschland feiert sich selbst in seiner Groß-

zügigkeit gegenüber ukrainischen Geflüchteten. Doch Solidarität scheint nicht für alle zu gelten. Letztlich entscheiden doch Herkunft und Hautfarbe: Sowohl bei ukrainischen Grenzbeamten:innen als auch in Deutschland.

Korrine Sky hat im Frühjahr 2022 die Organisation Africans in Ukraine Education Fund gegründet. Sie sammelt Spenden für afrikanische Geflüchtete aus der Ukraine. <https://aiuef.org>

Anzeige

Fair-Bio Genossenschaft

Verantwortung leben.
Gemeinsam regionale Strukturen erhalten und fördern.

Wir wollen regionale und dezentrale Strukturen erhalten, stärken und fördern. Wir wollen, dass regionale Erzeugerbetriebe und Fachgeschäfte eine Zukunftsperspektive haben. Mach mit, wenn Du Deinen „Laden um die Ecke“ unterstützen willst. Regionale und ökologisch arbeitende Produzenten und Händler fördern willst. Bio-Qualität zu fairen Bedingungen kaufen willst. Zum Erhalt von Arbeitsplätzen in Deiner Region beitragen willst.

www.fair-bio-genossenschaft.de

Jetzt mitmachen!



Walter Lochmann, Bad Vilbel

„Solidarität ist nicht immer einfach, und manchmal muss ich kurzfristig auf einen möglichen Vorteil verzichten, um solidarisch mit anderen bleiben zu können – auch wenn ‚die anderen‘ mir mitunter auf die Nerven gehen.“



Wie eine Allmende – oder anders gesagt, eine Fläche unter „Commons“-Lizenz: Badestelle am Beetzsee in Brandenburg
Foto: Oliver Gerhardt/imagebroker/imago

Die Allmende ist eine Form gemeinschaftlichen, solidarisch verwalteten und genutzten Eigentums in der Landwirtschaft, also eine Gemeinschafts- oder Genossenschaftsfläche abseits der besessenen oder gepachteten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Vor allem in ländlichen Gebieten der Entwicklungsländer finden sich noch immer verbreitet Allmenden. Der ursprünglich landwirtschaftliche Begriff hat Eingang in die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Informationswissenschaften gefunden. Oft wird auch die englischsprachige Entsprechung „Commons“ und entsprechend „Tragedy of Commons“ verwendet.

Im Sinne des deutschen Rechts kommt der Allmende keine Rechtsposition zugute. Nur bestimmte Organisationsformen wie der Gemeindebesitz oder Genossen-

schaftsbesitz erzeugen Rechtspositionen.

Die Tragödie der Allmende stellt sich ein, wenn knappe Güter oder Ressourcen zum Gemeingut erklärt werden und zu einem Preis von null frei zur Verfügung gestellt werden. In dieser Situation wird meist eine Rationierung über die Wartezeit erzeugt. Es beginnt ein ressourcenverzehrender Aneignungswettkampf, bei dem einige versuchen werden, die Ersten zu sein, die sich von dem knappen Gut so viel wie möglich „erobert“. Im Beispiel einer landwirtschaftlichen Allmende als gemeinsamer Weideplatz tritt dann Überweidung ein. Den letzten Nutzern (Vieh) stehen keine Grashalme mehr zur Verfügung.

Ein derartiger Aneignungswettkampf ist unsolidarisch, denn er folgt keiner Maxime, deren Gültigkeit für alle, jederzeit und ohne Ausnahme akzeptabel wäre. Dies fordert der kategorische Imperativ, das grundlegende Prinzip morali-

schen Handelns in der Philosophie Immanuel Kants. Demnach müsste der Landwirt, der als Erster sein Vieh auf die Allmende treiben kann, seine Tiere spätestens dann freiwillig vom Weideplatz entfernen, wenn seine Tiere den Anteil Gras gefressen und den Anteil Gras durch Zertreten und

Die Tragödie der Allmende stellt sich ein, wenn knappe Güter zum Gemeingut erklärt werden. Es beginnt ein Aneignungswettkampf

Ausscheidungen zerstört haben, der seiner Herde relativ zu den anderen Herdengrößen zusteht – das wäre ideales solidarischer Handelns.

Die Tragik der Allmende beschreibt ein Problem, aus dem

aber nicht folgt, dass Allmendegüter abzulehnen sind. Beispiele für von uns allen genutzten Allmendegütern sind öffentliche Stadtparks, frei zugängliche natürliche Badeseen etc. Neben der Bereitstellung dieses Allmendegutes muss die öffentliche Hand auch seine Pflege, Reinigung und Kontrolle übernehmen, um die Unfähigkeit einiger Menschen zu kompensieren, eine moralisch begründete, eigenverantwortliche und solidarische Notwendigkeit zur Pflege und Säuberung der genutzten Flächen in das eigene Handeln einzubeziehen.

Dort, wo der Aufwand und die Kosten für die Pflege dieser Allmendegüter zu hoch werden, wird ihre freie Bereitstellung aufgrund des unsolidarischen Verhaltens einiger weniger oftmals beendet und alle Nutzer werden unter den Folgen gemeinsam leiden – ein nicht seltenes Phänomen im menschlichen Miteinander, das die einfache

Anwendung des kategorischen Imperativs leicht verhindert hätte.

In einer seiner Grundformen lautet der kategorische Imperativ: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“ Tatsächlich kann man annehmen, dass die Verfassung wie auch alle untergeordneten Bundesgesetze letztendlich mehr oder weniger derartige Maximen formulieren und zu allgemeinen Gesetzen erklärt haben.

Selbstverständlich versuchen Lobbyorganisationen und Wirtschaftsverbände, die Formulierung der Gesetze in ihrem Sinne aufzuweichen. Einmal in den Beton eines Gesetzes gegossen, sind die gesetzten Pfeiler nur noch schwer zu entfernen. Eine solidarisch orientierte Gesetzgebung kann nur erreicht werden, wenn neben den professionellen Interessenverbänden auch NGOs Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen.

Kant und die Tragik der Allmende

Gemeingut ist kostbar und immer gefährdet. Eine solidarisch orientierte Gesetzgebung muss immer wieder erkämpft werden

Von Christian Heinisch

„Solidarität bedeutet für mich Bündnispolitik“

Welche Rolle hat der migrantische Feminismus in Deutschland gespielt? Encarnación Gutiérrez Rodríguez, die sich als Kind spanischer Gastarbeiter seit den 1980ern in der Frauenbewegung engagiert, über ihre Vision einer internationalen und transversalen Solidarität

Interview **Behshid Najafi**

genoss*innen taz: Was bedeutet Solidarität für dich, Encarnación?

Encarnación Gutiérrez Rodríguez: Solidarität bedeutet für mich Bündnispolitik. Das heißt nicht, dass wir über andere oder für andere arbeiten, sondern dass wir miteinander arbeiten. Es geht um ein Tun: Wenn wir anfangen, eine gemeinsame Infrastruktur des Zusammenlebens aufzubauen. Solidarität bedeutet konkret, dass wir nicht alleine den Ort bestreiten, sondern mit allen, die dort kämpfen.

Welche Rolle hat Solidarität in der Frauenbewegung seit den 1980er Jahren gespielt?

Ich war in der Frauenbewegung im migrantischen Kontext aktiv und auch in der Bündnispolitik von Schwarzen Frauen, exilierten Frauen, Sinti und Roma, jüdischen Frauen und migrantischen Frauen. Wir haben angefangen, eine ras-

sismuskritische Analyse von Gesellschaft durchzuführen, die zugleich Klasse, Migration, Nationalität, Religion und auch Behinderung denkt. Der Schwarze Feminismus in Deutschland, der migrantische Feminismus hierzulande, hat von Anfang an Ungleichheit in ihrer Verschränkung thematisiert: Eine Frau war nicht nur Frau, sondern war Mutter, war Schwarz, war Lesbe oder auch arbeitslos. An vielen Stellen war das erfolgreich, weil wir sonst nicht wären, wo wir heute sind.

Bevor der Begriff Intersektionalität verwendet wurde, habt ihr sie gelebt. Wie definierst du diesen Begriff?

Für uns war der schwarze Feminismus, der Chicana-Feminismus in den USA und was damals auch „Dritte-Welt-Feminismus“ hieß, besonders wichtig. Das Combahee River Collective, ein feministisches Lesben- und Frauenkollektiv von Afroamerikanerinnen hat noch nicht

von Intersektionalität gesprochen, sondern von verschränkten multiplen Unterdrückungen. Ich finde den Begriff sehr gut für die Analyse gesellschaftlicher Prozesse. Kimberlé Crenshaw hat mittels der Theorie der Intersektionalität später aus einer juristischen Perspektive versucht zu verstehen, wie man auf der Ebene des Rechts Diskriminierung fassen kann, und zwar nicht nur über eine Kategorie wie Frau, sondern auch über die Auseinandersetzung mit Rassismus.

Du bist ein Kind der Arbeitsmigration. Was hat dich am meisten geprägt?

Meine Eltern sind Anfang der 1960er Jahre als Gastarbeiter aus Andalusien nach Bayern gekommen. Wir haben sehr früh angefangen, Übersetzerin für unsere Eltern zu sein. Wir haben stärkeren Zugang zu den Institutionen gefunden, weil wir die Sprache besser beherrschten. Zugleich konnten wir Formen

der Diskriminierung und des Ausschlusses identifizieren. Ich habe oft im Beisein meiner Eltern Rassismus erfahren, das hat mich sehr geprägt. Aber auch die Erfahrungen in der Schule. Ich bin 1972 aus Spanien gekommen und konnte noch kein Deutsch. Die Kinder der ArbeitsmigrantInnen galten als diejenigen, die wahrscheinlich gerade mal den Hauptschulabschluss schaffen werden. Ich bin spanische Staatsbürgerin und das ist auch Teil meiner Geschichte: Gestern sind bei dem Versuch, die Grenze in Melilla, einer spanischen kolonialen Exklave, zu überschreiten, mindestens 23 geflüchtete Menschen sind gestorben. Sehr viele Personen sind verletzt worden.

Was ist deine Vision von Solidarität für die Zukunft?

Ich denke, es geht nur weiter voran. Du bist ja selbst mit einem Beitrag in dem von Pinar Tuzcu und mir herausgegebenen Band „Mig-

rantischer Feminismus“ vertreten, der den Zeitraum 1985 bis 2000 umfasst, Behshid. Aber inzwischen ist viel passiert, viele Bewegungen sind aktiv. Diejenigen, die erinnerungspolitisch zu rassistischen Morden arbeiten, die Initiative 19. Februar in Hanau und das NSU-Tribunal, haben sehr viel bewegt. Anderswo zeigen uns die Proteste in Chile, in der Türkei, in Argentinien, dass es eine internationale Bewegung gibt, die sich für soziale Gerechtigkeit und eine Form von transformativer Gerechtigkeit einsetzt – obwohl die Rechte sich immer wieder neu formiert und ihren Machtstatus etabliert. Daher denke ich, dass wir den internationalen und intergenerationalen Dialog, den wir angefangen haben, verstärkt weiterführen müssen und wir mehr voneinander wissen sollten. Wir sollen gemeinsam überlegen, wie wir uns gegenseitig unterstützen. Das ist eine internationale und transversale Solidarität.



Encarnación Gutiérrez Rodríguez ist Soziologin. Mit Pinar Tuzcu war sie Herausgeberin von „Migrantischer Feminismus in der deutschen Frauenbewegung“.

Foto: Daniel Heinz



Michael Barker, Berlin

„Solidarität ist praktische Nächstenliebe – wenn sich die gefühlte Nähe und Gemeinsamkeit von Menschen, Ansichten oder Visionen in konkreter Unterstützung äußert.“



Ulrich Nettelstroth, Falkensee

„Solidarität heißt für mich, nicht kurzfristig auf meinen eigenen Vorteil zu schauen, sondern langfristig auf eine gute Zukunft für alle.“

Viele sagen Nein

Oft ist heute vom „Pflegetotstand“ die Rede. Der Widerstand von Beschäftigten gegen ein gewinnorientiertes Gesundheitssystem wird immer sichtbarer

Von Michael Barker

Tagt die Gesundheitsversorgung zum Geschäftsmodell, das nach marktwirtschaftlichen Prinzipien organisiert und abgerechnet wird? Ja, hat der Deutsche Bundestag im Jahr 1992 mit dem Gesundheitsstrukturgesetz entschieden. Darin wurden Instrumente wie Einzelbudgets und neue Krankenhaus-Entgeltsysteme eingeführt, um die Krankenkassenbeiträge zu stabilisieren. So rechnen Krankenhäuser ihre stationären Leistungen seither mit Fallpauschalen ab, in denen allerdings bestimmte Eingriffe für sie besonders profitabel sind. Dass in Folge etwa gelenkeretzende Operationen häufiger ausgeführt und Stellen abgebaut wurden, wird gerne als „Fehlreiz“ bezeichnet. Dreißig Jahre und viele Reformgesetze später steigt die Zahl derjenigen, welche diese Ökonomisierung kritisch sehen und nach ihren Folgen fra-

gen. So hat sich nach Daten des Statistischen Bundesamtes zwischen 1992 und 2020 die mittlere Liegezeit halbiert, wurde jedes zehnte Krankenhausbett abgebaut und jedes fünfte Krankenhaus geschlossen.

Gleichzeitig ist der Anteil der Kliniken in privater Trägerschaft von 16 auf 39 Prozent angewachsen. Konzerne wie Fresenius/Helios, Asklepios, Sana und Rhön teilen sich diesen Markt und erzielen stabile Renditen.

Das verschärft die Konflikte zwischen Versorgungsqualität und Wirtschaftlichkeit, die aber nach einer Studie des Forschungszentrums Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen sehr unterschiedlich wahrgenommen werden. Nach 2017 im *Deutschen Ärzteblatt* veröffentlichten Interview-Ergebnissen verweisen GeschäftsführerInnen zwar auf die erforderliche Gewinnorientierung, üben aber subjektiv keinen Einfluss auf ärztliches Handeln aus.

ÄrztInnen berichten dagegen von wachsendem Druck,

betriebswirtschaftliche Interessen bei patientenbezogenen Entscheidungen zu berücksichtigen. Dies führe regelmäßig zu einer Über-, Unter- und Fehlversorgung von PatientInnen sowie zu ethischen Konflikten, Stresssituationen und Frustration.

Auch in der ambulanten Medizin gibt es Probleme. Laut Iges-Gutachten rechneten im Bereich der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern diejenigen

Tarifverhandlungen werden von Streiks begleitet – früher ein Tabu für die Profession

Medizinischen Versorgungszentren, die sich im Eigentum von Finanzinvestoren befinden, je Fall zehn Prozent mehr Honorar ab als Einzelpraxen.

Nein zur Medizin als Geschäftsmodell sagen daher inzwischen immer mehr, vor allem jüngere Menschen in Gesundheitsberufen. Viele sind

nicht mehr bereit, die Verdichtung ihres Arbeitstags auszuhalten und den eigenen ethischen und ganzheitlichen Anspruch wirtschaftlichen Erwartungen unterzuordnen. Dieses bislang vorwiegend als „Pfleagemangel“ wahrgenommene Problem hat auch den ärztlichen Bereich erfasst. Tarifverhandlungen für Krankenhausbeschäftigte werden von Streikaktionen begleitet – früher ein Tabu für die heilende Profession.

Nun steht eine Strukturreform auf der gesundheitspolitischen Agenda: Laut Ampel-Koalitionsvertrag soll eine Regierungskommission Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Krankenhausfinanzierung vorlegen, und zwar mit erlösunabhängigen Vorhaltepauschalen und einer bedarfsgerechten, auskömmlichen Finanzierung von Kinder- und Jugendmedizin, Notfallversorgung und Geburtshilfe. Diese werden von allen im Gesundheitswesen Tätigen mit Spannung, aber auch Skepsis erwartet.

Viele halfen viel und vielen in der Pandemie

Pandemie ist die Zeit der Solidaritätsappelle. Forscher wissen heute, wer sich engagierte

Von Nicola A. Mögel

Masken auf und Abstand halten zum Schutze der Mitmenschen. Zu Beginn der Coronapandemie war der Appell an die Solidarität in aller Munde. Kaum eine Politikerrrede, kaum ein Artikel kam ohne den Verweis auf Solidarität aus. Was wurde aus den Appellen? Doppelt belastete Eltern im Homeoffice, Kinder, die weder in der Schule noch in der Freizeit Freund*innen treffen konnten, überlastete Pflegekräfte und Senior*innen, die keinen Besuch bekamen, hatten sicher gute Gründe, am solidarischen Miteinander zu zweifeln.

Inzwischen hat sich die Forschung dem Thema gewidmet. Das Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung fragte in einer Studie 2020: Wie viel haben sich Menschen außerhalb ihres Haushalts geholfen? Die Antwort: Viel und viele. Ein Drittel der Hilfsbeziehungen entstand neu. Das Gros der Solidarität gab es innerhalb der Familienbande, aber auch für Nachbarn. Etwa ein Fünftel der von der Sozialwissenschaftlerin Gesine Höltmann und ihren Kolleg*innen Befragten halfen ihnen unbekannt Menschen.

Bezogen auf die Gesamtgesellschaft erfuhren 15 Prozent der Bevölkerung Unterstützung von ihnen bis dahin Unbekannten. Besonders jüngere Menschen zwischen 18 und 39 Jahren brauchten Unterstützung, darunter vor allem Familien und Studierende. Hätte die Befragung Menschen über 69 Jahre einbezogen, wären vermutlich auch sie unter den Nachfragenden nach Unterstützung gewesen. „Häufig entwickelten die Menschen ein wechselseitiges Hilffssystem, etwa Familien mit schulpflichtigen Kindern“, sagt Höltmann.

Zwei solidarische Typen beschreibt Alexia Katsanidou: einerseits Menschen mit einem ähnlichen Charakteristikum, die sich im Umfeld einsetzen oder in einer Genossenschaft wiederfinden, andererseits gesellschaftlich ausgerichtete

Menschen, die innerhalb einer Community solidarisch sind, wie es auch in der Pandemiekrise zu sehen war. Katsanidou, Forscherin am Gesis-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Köln, hat beobachtet, dass sich kulturell offene Menschen mit einem höheren Bildungsgrad als gesellschaftlich solidarische Menschen erwiesen. Weniger Gebildete solidarisierten sich eher mit ihrem direkten Umfeld.

Also alles gut? Nicht ganz. Man sollte die spaltenden Geister nicht vergessen. Wie Höltmanns Forschung zeigte, förderte die Pandemie auch antisoziale Tendenzen zutage und verstärkte bestehende oder schuf gar neue Ungleichheiten. Polarisierung und Zusammenhalt existieren nebeneinander.



Wenige auf dem dritten Weg

Solidargemeinschaften – die Alternative zur gesetzlichen und privaten Krankenversicherung

Von Sibylle Disch

Genossenschaftliches Handeln ist auch bei der Absicherung für den Krankheitsfall möglich. Mit den Solidargemeinschaften gibt es, ergänzend zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und privaten Krankenversicherung (PKV), einen dritten Weg. Die Mitglieder sichern sich im Krankheitsfall neben der finanziellen auch menschliche Unterstützung zu. Oberste Priorität haben medizinisch sinnvolle Therapien und nicht Gewinnerzielung oder Kosteneinsparung.

Schon in den 1970er Jahren von Pfarrer:innen und Polizist:innen als Versorgungsvereine gegründet, überzeugt der Solidargedanke seit den 1990ern immer mehr Menschen, die andere Wege suchen und sich größtenteils in der BASSG – dem Dachverband von Solidargemeinschaften im Gesundheits-

wesen – zusammengeschlossen haben. Im Gegensatz zur Anonymität und dem oft beklagten Anspruchsdenken in der klassischen Krankenversicherung treffen sich die Mitglieder einer Solidargemeinschaft in Regionalgruppen persönlich. Wie „Zuwendung statt Anspruch“ funktioniert, zeigt die Samarita Solidargemeinschaft mit Geschäftsstelle in Bremen: Beitragzahlungen werden nach tatsächlich steuerrelevantem Einkommen und Familienstand gestaffelt. Persönliche Risiken oder Alter spielen keine Rolle. Die Hälfte des Mitgliedsbeitrags fließt auf ein Individualkonto. Im Sinne der Eigenverantwortung verfügt jedes Mitglied im Rahmen der Therapiefreiheit darüber eigenständig. Die Kostenerstattung erfolgt gemäß der Zuwendungsordnung.

Übersteigen Genesungskosten den individuellen Rahmen, erhält das Mitglied Zuwendung aus dem Solidarfonds.

Dies erfolgt schnell und unbürokratisch – wichtig gerade bei schweren Krankheitsverläufen oder langwierigen Therapien. Gelder, die aus dem Individualkonto nicht abgerufen werden (müssen), fließen am Jahresende in den gemeinschaftlichen Solidarfonds und stehen damit allen zur Verfügung. Sehr große Risiken werden durch eine Rückversicherung abgedeckt, eine regelmäßige Prüfung erfolgt durch unabhängige Aktuar:innen.

Im Unterschied zur passiven Leistungsanspruchnahme bei Versicherungen geht es in Solidargemeinschaften um aktives Mitgestalten und Übernehmen von Verantwortung für die Gemeinschaft – was die Vielfalt der Lösungsmöglichkeiten auf drängende gesellschaftliche Fragen abseits der gewohnten Wege erweitert. Doch nicht nur das ist ein Akt der Solidarität gegenüber der Gesamtgesellschaft. Durch den fehlenden

kostenintensiven Verwaltungsapparat und die solidarische gegenseitige Absicherung braucht es keine Steuergelder, um eventuelle Lücken zu stopfen.

Ein solidarisches Modell, das keine Rendite erwirtschaften muss und seinen Mitgliedern auch noch Therapiefreiheit einräumt, gefällt aber nicht allen. Zwischen 2009 und 2021 gab es vom Verband der privaten Krankenversicherer, der Bafin, Finanzämtern und Sozialgerichten vielfältige Versuche, die Samarita und andere am ausgestreckten Arm der Bürokratie vergreifen zu lassen und die Tragfähigkeit des Vereins in seinen Grundfesten zu erschüttern. Doch die BASSG stand solidarisch zusammen, bis es 2019 zu einer Einigung mit der Bafin und 2021 endlich auch zur gesetzlichen Klarstellung kam. Eine freiheitliche und solidarische Alternative ergänzend zur GKV und PKV ist gesichert.



LEO. Selbst gemacht.

WINDSTROM. Selbst gemacht.

Mitglied werden, Windstrom machen, Klima schützen.

Machen Sie mit bei Prokon, Deutschlands größter Energiegenossenschaft. Und sichern Sie zusammen mit 40.000 Mitgliedern die nachhaltige Versorgung unseres Landes mit sauberer Energie aus Windkraft!

prokon.net/mitglied-werden

Bis 30.9.

Die Prokon Klima-Initiative:
Für jedes neue Mitglied pflanzen wir einen Baum!

prokon
Energie. Gemeinsam. Leben.

Mangel und Zwang schaffen Solidarität

Heiner Möhring engagierte sich in der DDR in der Studentengemeinde und als Bausoldat. Heute ist der 80-Jährige für die Genossenschaft Oikocredit aktiv – ein Hausbesuch

Von **Claus Oellerking** (Text und Fotos)

Die Schweriner Werdorferstadt ist ein städtisches Wohngebiet. Die Wellen von vier Seen klatschen an die Ufer des Ortsteils. Seit der Wende wurde hier viel gebaut, auch auf dem Gelände der Pathologie des ehemaligen Bezirkskrankenhauses des Bezirks Schwerin. Modern. Beton, Edelstahl und Glas dominieren. Heiner und Christa Möhring wohnen im 4. Stock.

Drienen: Es tickt. Die Standuhr und die Kuckucksuhr machen sich im Dreißig-Minuten-Takt lautstark bemerkbar. Die Buffetuhr ist abgestellt. „Das war ein Geschenk für meine Urgroßmutter zum 100. Geburtstag“, sagt Heiner Möhring. „Sie spielt zur halben Stunde. ‚Üb‘ immer Treu und Redlichkeit.“

Elternhaus: „Lehrer, Kantor, Küster, Organist.“ So stellt Heiner Möhring seinen Vater vor. Dieser war im Ersten Weltkrieg Soldat. 1939 wird er als Lehrer in den Ostgebieten eingesetzt und kehrt zwei Jahre später nach Darnewitz bei Stendal zurück. Dort und im Nachbarort übernimmt er den Unterricht. Die Mutter kümmerte sich um Kinder und Haushalt. 1941 kommt Heiner Möhring als jüngstes von drei Kindern zur Welt.

Schulzeit: Als Schüler in der Dorfschule von Darnewitz musste auch Heiner zum Vater in den Unterricht. „Das war nicht nur schön. Während andere in einer Klassenarbeit zu ‚das und dass‘ noch eine 3 bekamen, erhielt ich bei gleicher Fehlerzahl eine 4.“

„In der Oberschulzeit trafen wir uns während der Sommerferien zur evangelischen Schülerarbeit im Ferienlager. 1957 in Burg bei Magdeburg haben wir einen halben Tag in der Landwirtschaft gearbeitet und am Nachmittag den Gottesdienst für den Sonntag vorbereitet. Am Samstag zogen wir durchs Dorf und haben auf den Gottesdienst hingewiesen. Einige von uns gerieten dabei an den Dorf-

polizisten. Der hat uns gemeldet und wir wurden aus dem Kreis Burg wegen Menschenbelästigung ausgewiesen.“ Diese erste eigene Erfahrung mit dem Staat hat ihn geprägt.

Studium und Arbeit

Im praktischen Jahr vor dem Maschinenbaustudium an der Hochschule für Verkehrswesen „Friedrich List“ in Dresden arbeitet er zunächst in der Gepäck- und Güterabfertigung der Deutschen Reichsbahn in Stendal, später im Reichsbahnausbesserungswerk in Halle an der Saale und die letzten 2 Monate als Heizer auf der Lok. – Lieber noch wäre er Theologe geworden.

1962 führte die DDR die Wehrpflicht in der Nationalen Volksarmee ein. Einen Wehrersatzdienst gab es zunächst nicht. Bei seiner Musterung stellt Möhring klar: „Aus meiner christlichen Überzeugung heraus werde keine Waffe in die Hand nehmen.“ Er bekommt Papier und Stift und wird aufgefordert, dies schriftlich niederzulegen. Sein Studium kann er fortsetzen. Das Glück hatten nicht alle, die den Dienst an der Waffe ablehnten.

Heiner Möhring engagiert sich in der Evangelischen Studentengemeinde. „Die ESG nannten wir auch ‚Ehe-Such-Gemeinschaft‘ und auch ich habe hier meine Frau Christa kennengelernt.“

Bausoldat: „Bevor ich 26 Jahre alt wurde, musste zur Überprüfung meiner Musterung. Inzwischen gab es die ‚Bausoldatenverordnung‘. Ich wurde vier Wochen nach meiner Hochzeit zu den ‚Bausoldaten‘ eingezogen. Dabei hatte ich das große Glück, dass ich kurz vor meinem Dienst an einem Treffen mit ehemaligen Bausoldaten teilnehmen konnte. Dort erfuhr ich, mit welchen Offizieren in meiner künftigen Einheit in Prora auf Rügen man klarkom-

men konnte und bei welchen man aufpassen musste.“ Nach dem Ende seines Diensts organisiert er selbst solche Treffen in Schwerin und gibt seine Erfahrungen weiter.

Wir fahren wieder zu Akki: „Im Dorf Čim bei Prag, sehr abgelegen, organisierte ein Prediger mit seiner Frau, einer ehemaligen Zwangsarbeiterin, seit den 1970er Jahren Treffen für Gruppen aus Ost und West. Den Auftakt machten jedes Jahr die ehemaligen Bausoldaten der DDR und Kriegsdienstverweigerer aus dem Westen. Um diese Treffen vor der Staatssicherheit der DDR geheim zu halten, hieß es: ‚Wir fahren wieder zu Akki.‘ So hieß der Hund des tschechischen Ehepaars.“

1987 passierte es dann. „Herr Möhring, Ihre Weiterreise in die CSSR kann nicht genehmigt werden.“, hieß es bei der Grenzkontrolle im Zug. Heiner Möhring macht eine Eingabe an den Staatsrat der DDR und stellt Fragen: 1. Warum? 2. Wer war's? 3. Wie lange? Etwa drei Wochen später bekommt er im Betrieb Besuch von zwei Männern. Es sei ein Versehen gewesen, man wolle sich entschuldigen.

Nach der Wende stellt Möhring einen Antrag auf Einsicht in seine Stasi-Akten und erfährt: Der sowjetische Staats- und Parteichef Gorbatschow war zum Zeitpunkt der Reise gerade Gast in Prag. Aus Berlin versuchten Mitglieder einer Friedensgruppe eine Petition zu überbringen. Heiner Möhring, der nicht in direkter Verbindung mit der Gruppe stand, war verdächtig, der Überbringer zu sein.

„So segne diese Wohnung“



Solidarität: „Mangel und Zwang schaffen Solidarität. Das ist nicht der ideale Ausgangspunkt, aber die Auswirkungen sind schon gut, wenn man das dann auch fortsetzt, wenn der Mangel und Zwang nicht mehr bestehen. Vor diesem Hintergrund hat man sich in der DDR viel geholfen. Auch die Kirchen erhielten viel Unterstützung – aus dem Westen. Das geben wird bis heute mit einem Helferkreis an christliche Gemeinden in Kasachstan weiter.“

Kein Anschluss unter dieser Nummer: Im Jahr 1990 entbrannte eine heftige Diskussion über den Weg der Vereinigung: einen Beitritt nach Artikel 23 Satz 2 GG oder eine staatliche Neukonstituierung nach Art. 146 GG. Im August 1990 votierte die Volkskammer der DDR für den Beitritt nach Art. 23 GG; den Weg, den Bundeskanzler Helmut Kohl damals als „Königsweg“ bezeichnete. Heiner Möhring ist sicher, dass damals eine Chance für einen besseren Weg zu einem gemeinsamen Deutschland vertan wurde. Für ihn hieß die Parole „Kein Anschluss unter dieser Nummer“.

Oikocredit: Die internationale Genossenschaft Oikocredit fördert seit 1975 mit privaten und kirchlichen Geldern nachhaltige Entwicklung. „Als wir unsere Hauskredite langsam abzahlen und etwas Geld übrig hatten, haben wir entschieden, hier Geld anzulegen. Seither beteilige ich mich auch aktiv im Oikocredit Förderkreis Norddeutschland e.V.“, sagt Möhring. Ihm gefällt, dass es um das Investieren in Genossenschaften und sozial orientierte Unternehmen und um die Förderung des Wohles, der Gesundheit und der Bildungsmöglichkeiten der Menschen in wirtschaftlich benachteiligten Ländern im Globalen Süden geht. In Ecuador hat Möhring mehrere Partner von Oikocredit besucht. Die Kooperative FAPECAFES macht sich für Biolandwirtschaft stark und übernimmt für 1.200 Kleinbauern die aufwendige und kostspielige Zertifizierung ihrer Produkte. „Das ist auch eine Form der Solidarität“, sagt Möhring. „Besonders freut mich, dass viele Erzeugnisse unserer Partner hier bei uns in Weltläden und im Fairen Handel zu kaufen sind.“



Statt Theologe wurde er Eisenbahner. Heute arbeitet er im Zentrum für Mission und Ökumene der evangelischen Kirche ehrenamtlich mit



Kuckucksuhr: mitgebracht von der Hochzeitsreise seiner Eltern



Nicola A. Mögel, Nürnberg

„In meinem Verständnis kommt ein solidarisches Verhalten und Tun den anderen zugute und wird nicht durch meinen eigenen Nutzen motiviert. Solidarität kann Verzicht meinerseits beinhalten und basiert auf dem Vertrauen, dass die anderen dasselbe für mich tun würden.“



Claudia Gebert, Rockville, MD, USA

„Solidarität bedeutet für mich, Empathie für das Gegenüber – Mensch, Tier, Natur – zu empfinden, Leid und Schmerzen von ihm abzuwenden, unabhängig von den Kosten und dem Aufwand für mich selbst.“

Mehr Unterstützung für die Kinder!

Mein Leben lang habe ich als Erzieherin gearbeitet. Wir brauchen endlich einen Systemwechsel

Von **Jutta Wüst**

Wir müssen mehr Verantwortung für unsere Kinder und Jugendlichen übernehmen. Sie sind die Zukunft. Sie politisch unterstützen, beschützen, uns privat für sie einsetzen, für ihre Rechte kämpfen. Denn all das wird eine riesige Wirkung haben, die wir auch als Antwort spüren werden. Wer wirklich seine Aufmerksamkeit auf sie richtet, wird erleben, dass es einfach ist, sie in ihrem Aufwachsen zu unterstützen. Doch obwohl es so einfach und wichtig scheint, wird im Kinder- und Jugendbereich politisch so vieles verkehrt gemacht. Das konnte ich in meinem Beruf miterleben.

Ende der 70er Jahre schloss ich meine Ausbildung zur Erzieherin ab. Im Laufe der Jahre arbeitete ich unter anderem in einem „Vollheim für schwer erziehbare männliche Jugendliche“. Dort wurde ich für die geschlossene Abteilung eingeteilt. Hierher kamen

Jungen im Alter von 13 bis 18 Jahren, die in sehr schwierigen Verhältnissen herangewachsen oder straffällig geworden waren. Zucht und Ordnung war das oberste Prinzip. Hilfe oder Therapie bekamen die Jugendlichen nicht. Abgeschafft wurden diese Heime erst 1980.

1985 wurde ich Mutter. Ein riesiges Glück, allerdings war ich alleinerziehend und berufstätig. Mit einer 30-Stunden-Woche als Erzieherin auf einem Bauspielplatz und meinen Kindern also voll ausgelastet. Auf den Spielplatz kamen täglich Kinder aus den Sozialwohnungen in der Nähe, die die gesamte Öffnungszeit über blieben. Zu Hause kümmerte sich niemand um sie, gab es nur Streit, Gewalt, Vernachlässigung, Drogensucht. Einfluss nehmen konnten wir kaum. Nur in zwei Fällen gelang es uns in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, zwei Geschwister aus einer übergriffigen, gewalttätigen Familiensituation zu befreien. Da wir nur zu zweit oder zu dritt als Pädagogen vor Ort für sehr viele Kinder zuständig waren, wurde vielen nicht geholfen.

Was Kinder brauchen: Zuwendung, Aufmerksamkeit und Spielen in der Natur
Foto: Jutta Wüst



Später arbeitete ich in familienanalytischen Lebensgemeinschaften; kleine Wohngruppen von meistens vier Kindern, die nicht bei ihren Familien leben können. Für diese Kinder die allerbeste Lösung. Nicht erfreulich und letztendlich unerträglich sind allerdings die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen, die schlechte Bezahlung und die fehlende Anerkennung in der Gesellschaft für die BetreuerInnen. Wir waren zwei KollegInnen, die

rund um die Uhr im Wochenwechsel arbeiteten.

Am Ende meines Berufslebens arbeite ich jetzt in einer sozialtherapeutischen Wohngemeinschaft mit aus der Psychiatrie entlassenen Jugendlichen ab 14 Jahren. Wie am Anfang meines Berufslebens treffe ich auf junge Menschen, die kaum eine Chance haben, ein lebenswertes Leben zu führen. Nicht, weil sie „schwer erziehbar“ sind, sondern weil sie schwierige Ausgangsbe-

dingungen hatten, ihre Seele, vielleicht auch ihr Körper sehr früh schon Schaden genommen haben.

Heute bin ich vierfache glückliche Großmutter. Das Erlebte hat mich bestärkt: Wir brauchen dringend ein anderes System, das unsere Kinder und Jugendliche in den Fokus stellt, von Anfang an und auf allen Ebenen unterstützt, schützt und fördert. Alle müssen mithelfen, die Kinder sind unser aller Zukunft!

Plädoyer für eine solidarische Welt

Überall auf der Welt kämpfen Menschen für ihre Rechte. Wichtig ist, dass sie dies gemeinsam tun

Von **Behshid Najafi**

Ich bin in einer Welt geboren, in der fast überall Sexismus, Rassismus, Klassismus, Queer- und Behindertenfeindlichkeit herrschen. Wir wurden alle in so eine Welt geboren. Wer nicht männlich, reich, weiß, hetero und ohne körperliche und mentale Beeinträchtigung ist, erfährt Benachteiligungen, Ausgrenzung und Gewalt. Im Alltag, in Institutionen und in der Gesetzgebung. Oft sind Menschen gleichzeitig von mehreren dieser Mechanismen betroffen, die sogar ihr Leben bedrohen.

Veränderungen entstehen durch Kämpfe. An vielen Orten führen Menschen diese. Dort, wo es eine gewisse Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gibt, haben es die, die für ihre Rechte kämpfen, geschafft, einige menschenrechtsverletzende Strukturen schrittweise aufbrechen. Dort konnten die Errungenschaften an die nächsten Generationen weitergegeben werden, damit diese davon profitieren und den Kampf fortsetzen. In Ländern mit diktatorischen und autoritären Regimen schlägt man diese Kämpfe nieder; Menschen werden verfolgt, ins Gefängnis gesteckt, ins Exil vertrieben, ermordet. Die folgende Generation muss die Kämpfe immer wieder neu angehen.

Dabei waren die weltweiten Gefahren für den Planeten und die Menschen noch nie so massiv wie heute: verheerende Waldbrände wüten im Mittelmeerraum, in Sibirien, Australien, Kalifornien. Die Zahl hungernder Menschen ist auf über 800 Millionen gestiegen. Über zwei Milliarden Menschen haben keinen regelmäßigen Zugang zu sauberem Wasser. Die Luftverschmutzung übersteigt weltweit Grenzwerte. Bereits heute flüchten über 100 Millionen Menschen aufgrund von Kriegen. Viele von ihnen stehen

vor den geschlossenen Toren Europas und Nordamerikas, müssen zum Teil mit ihrem Leben bezahlen. In den nächsten Jahren werden angesichts der Klimakrise bis zu weitere 200 Millionen folgen.

Uns ist bewusst, dass wir in Europa über unsere Verhältnisse leben. Uns ist bewusst, dass wir zum großen Teil auf Kosten des globalen Südens leben und Profiteur:innen der weltweiten Lieferketten sind. Uns ist auch bewusst, dass wir uns unserer Verantwortung stellen müssen.

Die Menschenrechte sind unteilbar und die Kämpfe dafür sollten es auch sein!

Nie waren die weltweiten Kämpfe gegen Menschenrechtsverletzungen so stark wie heute, über Generationen und Kontinente hinweg. Der Kampf für Freiheit und Demokratie findet in vielen Ländern der Welt statt: im Sudan, im Iran, in Myanmar. Mit der weltweiten Klimabewegung Fridays for Future, mit dem Kampf indigener Völker gegen die Zerstörung der Natur in Brasilien, in Kanada.

Jetzt ist es wichtig, dass wir gemeinsam kämpfen: für Frauenrechte und gegen patriarchale Strukturen, gegen die Ausbeutung der Menschen im globalen Süden, gegen Rassismus im Alltag und in der Gesetzgebung, für eine humane Asyl- und Migrationspolitik in Europa und Nordamerika, für Inklusion von Menschen mit Behinderungen, für volle Rechte für LGBTQ-Personen, gegen Umweltzerstörung, für reine Luft und sauberes Wasser, für eine bewohnbare Erde für alle. Die Menschenrechte sind unteilbar und die Kämpfe dafür auch!

Anzeige



Für eine bunte Gemeinschaft

Vielfalt macht uns stark!



Du bist nicht allein.

Kommentar von **Christian Heinsch** zu
Solidarität in Unternehmen

Kapitalistischer Solidarpakt

Wir sollten auch Unternehmen als organische Solidargemeinschaften begreifen. Denn die Beteiligten sind aufeinander angewiesen und verfolgen eine (temporäre) Interessen- und Ziel-Solidarität. Jede Gesellschafts- und Kapitalismuskritik muss das berücksichtigen.

Mehr noch: Je größer ein Unternehmen ist, desto mehr wird Solidarität institutionalisiert. Und zwar über „Corporate Governance“ und „Corporate Social Responsibility“, also Instrumente verantwortlicher Unternehmensführung und gesellschaftlicher Unternehmensverantwortung.

Der „Charme“ von kleinen und mittelständischen Unternehmen, die statt dieser Regelwerke das zwischenmenschliche Bauchgefühl nutzen, kann eine besonders freundschaftliche Atmosphäre erzeugen, aber auch nach hinten losgehen – etwa durch einen despotischen Chef. Instanzen, die sich in Großunternehmen um eine verantwortungsbewusste Unternehmensführung und Belange der Mitarbeitenden kümmern sollen, fehlen oft in kleineren Betrieben.

Solidarität, die auf vorgegebenen Merkmalen einer Gruppe im Betrieb basiert („wir Mechaniker“innen, „wir Buchhalter“innen), kreuzt sich mit der organischen Solidarität, die auf einem Aufeinander-angewiesen-Sein fußt und quer verläuft. Diese Überkreuzungen sind in kleinen und mittelständischen Betrieben potenziell konfliktbehaftet. Innerbetriebliche Hilfsbereitschaft stößt schnell auf menschliche Grenzen. Großunternehmen versuchen hier auf institutionalisierte Solidarität zurückzugreifen.

Die Bezahlverfahren, Gehaltsstufen und Tarifvertragsmodelle bergen – eingebettet in das Arbeitsrecht – mehrere Herausforderungen: Mitarbeitende derselben Lohneinstufung leisten womöglich einen unterschiedlichen Beitrag. Ausgleichsmechanismen für diese (menschlich normalen) Ungleichgewichte sind arbeitsrechtlich nur rudimentär vorhanden. Die Leistungsstärkeren werden gezwungen, „solidarisch“ Mehrleistung für die Wenigerleistenden zu erbringen.

Weitere Konfliktfelder liegen im Gegensatz von Solidarität und Konkurrenz sowie in der Solidarität im Widerstreit mit dem Individualismus. Dabei belegt Solidarität nicht per se den überlegenen Standpunkt. Konkurrenz und Wettbewerb sind Triebfedern kontinuierlicher Verbesserung der betrieblichen Abläufe und produzierten Güter und Dienstleistungen. Individualismus fördert „geniale“ Ideen. Eine ausgewogene Balance zwischen Individualismus, Konkurrenz und Solidarität ist nicht dauerhaft möglich, sondern muss immer wieder neu austariert werden. Alle Unternehmen sollten einen Nährboden für solidarisches Handeln, fördernde Konkurrenz und kreativen Individualismus schaffen.



„Beschäftigte stärker online ansprechen“

Bei Unternehmen wie Amazon, Lieferando und Co will die SPD die schlechten Arbeitsbedingungen verbessern, sagt der Bundestagsabgeordnete Roloff

Interview **Robert Köster**



Gehetzt auf der Arbeit? Es braucht Regulierung, sagt der SPD-Politiker Roloff Foto: Florian Gärtner/imagio



Sebastian Roloff, ist Bundestagsabgeordneter der SPD aus München und sitzt im Wirtschaftsausschuss. Er ist Co-Vorsitzender des Forums Demokratische Linke 21.

taz: Herr Roloff, mit der Plattformökonomie, wie sie beispielsweise Amazon und Lieferando betreiben, entsteht in Deutschland ein neues Dienstleistungsprekariat. Wie will die SPD die Situation dieser Menschen verbessern?

Sebastian Roloff: Erst einmal sind die betriebliche Mitbestimmung zu stärken und Betriebsratsgründungen zu unterstützen. Dafür gibt es das konkrete Vorhaben eines digitalen Zutrittsrechts für Gewerkschaften. Für alle Solo-Selbstständige und sonstige Plattformtätige müssen jetzt eine ganze Reihe von Sozialversicherungsfragen beantwortet werden.

Kann die SPD die Menschen in diesem Bereich überhaupt erreichen, zumal oftmals auch

Sprachbarrieren eine Rolle spielen?

Da steht die SPD vor den gleichen Problemen wie die Gewerkschaften. Aber es gibt Rezepte: Beispielsweise mehrsprachige Flugblätter, die auf Webseiten mit mehr Informationen verweisen. Es genügt allerdings nicht, sich bei Betrieben ans Werkstor zu stellen, wenn es denn überhaupt noch eines gibt. Bei Plattformökonomie müssen wir die Beschäftigten viel stärker online ansprechen.

Sind die großen Plattformen wie Amazon oder auch Lieferando nicht schon zu groß geworden, um bei ihnen überhaupt noch regulierend eingreifen zu können?

Es darf nicht sein, dass eine Firma nur groß genug sein

muss, um bei Arbeitnehmerrechten in Ruhe gelassen zu werden. Ein Maßnahmenplan des Bundesarbeitsministeriums von 2020 adressiert das Problem. Unter anderem müssen wir Geschäftsbedingungen regulieren, die zulasten von Plattformtätigen gehen. Auch Meldepflichten, Scheinselbstständigkeit und die Beweisverlagerung beim Arbeitnehmerstatus müssen wir angehen. Diese Punkte möchte die SPD umsetzen, auch wenn in so manchen Einzelfragen noch der Rest der Koalition überzeugt werden muss.

Genossenschaftliche Modelle können auch im Bereich Plattformökonomie echte Alternativen anbieten, gerade da, wo gewinnorientierte Unternehmen meist nicht tätig

sein wollen, wie beim lokalen Carsharing. Sehen Sie in so einer Nische Möglichkeiten zur Förderung?

Vor der Möglichkeit einer Förderung würde ich zuerst über die Rahmenbedingungen sprechen, über Sozialversicherung, Organisation von Mitbestimmung und so weiter. Aber natürlich sollte der Staat auch Aufträge an Genossenschaften in dieser Nische vergeben und sie beispielsweise steuerlich privilegieren.

Die SPD hatte in ihrem Bundestagswahlprogramm verbesserte Rahmenbedingungen für gemeinwohlorientiertes Wirtschaften angekündigt. Was wird die Ampelkoalition davon nun konkret angehen?

Als Berichterstatter für den Bereich „Freie Berufe“ im Wirtschaftsausschuss weiß ich, dass wir bei der Rechtsposition und der Absicherung von den Beschäftigten und Soloselbstständigen Fortschritte machen werden. Das bei neuen Geschäftsmodellen normale Risiko des Scheiterns muss man über Förderprogramme des Wirtschaftsministeriums oder der KfW entsprechend abfedern. Bei der Gestaltung des neuen Vergaberechts werden wir auch darüber diskutieren, Dienstleistungen zukünftig so auszuschreiben, dass zumindest ein Teil gemeinwohlorientiert vergeben wird.

Sind Sie selber in einer Genossenschaft?

Tatsächlich bin ich in einer Wohnungsbaugenossenschaft. Es ist ein beruhigendes Gefühl, zu wissen, dass ich einmal eine halbwegs bezahlbare Wohnung bekommen werde. Grundsätzlich müssen wir am etwas altbackenen Image von Genossenschaften noch ein bisschen arbeiten. Tätigkeiten jenseits von gewinnorientierten Unternehmen zu organisieren sollte eine Idee sein, die man vielen Menschen näherbringen kann.

Solidarisches Wirtschaften wider die Gig-Economy

Plattformgenossenschaften können gegenwärtige ausbeuterische Formen des Wirtschaftens ersetzen. Dafür brauchen sie politische Unterstützung

Von **Paul Jerchel**

Spätestens in der Pandemie wurden Phänomene der Gig-Economy um Uber, Deliveroo, Lime & Co für Großstadtmenschen offensichtlich: Bequemlichkeit und eigene Erschöpfung machen es attraktiv, Alltagsaufgaben an Nächstbeste abzugeben – ohne Vorlauf und kalkulierbaren Aufwand, spontan und uninteressiert am Prozess. Es bleiben kurze Lieferzeiten und schmale Löhne für minimale Margen und ein neues Dienstleistungsprekariat junger, oft migrantischer Menschen.

Auch die „Clickworker“ der Internet-Plattformen setzen sich traumatisierenden Inhalten im Netz aus, an Nicht-Orten, sodass die Öffentlichkeit

die sozialen Folgen der technologischen Innovation gut ignorieren kann.

Dabei sind die Prinzipien der Plattformen, die unseren Alltag und unsere Meinungen bestimmen, mitnichten neu. Zu dieser Diagnose kamen Trebor Scholz und andere schon in dem Buch *Ours to Hack and to Own* aus dem Jahr 2017.

Empfehlungsalgorithmen und Bilderkennung bringen primär Vorteile für das finanzielle Wachstum der Plattformen. Alternativen fristen ein Nischendasein. Mittlerweile prangt hinter manchem Twitter-Handle der Verweis auf Mastodon. Was fehlt, ist der Aufbruch, der dazu führt, dass Menschen solche dezentrale Alternativen nutzen und durch andere Eigentumsstrukturen grundlegend finanzieren.

Das Netzwerk für Hochschulgruppen und Nachbarschaftsinitiativen WeChange hat den Schritt zur sogenannten Plattformgenossenschaft bereits geschafft. Mit unter dreißig Personen betreibt es ein soziales Netzwerk, das neben Chatfunktionen auch die Möglichkeit zur Arbeit in Projektgruppen, Tauschbörsen, gemeinsame Kalender und mehr bietet. SuperCoop, der genossenschaftliche Supermarkt in Berlin-Wedding mit Vorbildern in Frankreich und den USA, möchte regionale und klimafreundliche Produkte durch solidarische Preiskonzepte in einkommensschwache Kieze bringen. Termingut liefert das Fahrradwerk Kurierkollektiv – nach außen eine GmbH, nach innen mit Plenum und jeder Menge Diskussionen.

Die Formen neuer, solidarischer Formen des digitalen Wirtschaftens sind vielfältig – was fehlt, ist öffentliche Unterstützung. Khora bzw. Kolyma2, die genossenschaftliche Alternative zu Lieferdienst-Oligopolen, stellte am Montag den Betrieb ein.

Carsharing-Genossenschaften wie StattAuto und Mischformen wie Cambio sind seltene Ausnahmen und haben eingeschränkte Einzugsgebiete. Dabei könnten sie in wenig wirtschaftlichen Randbezirken Carsharing gerade dort fördern, wo es ökologisch Sinn ergibt, weil öffentliche Verkehrsmittel nicht rund um die Uhr präsent sind. Wenn man jedem Haushalt geteilten Zugang zu einem Kleinwagen, Umweltsicht und Lastenrad geben würde, wäre die Welt eine bessere.

Woran liegt es, dass Genossenschaften keine Aufmerksamkeit relevanter Parteien genießen? Genossenschaften waren im Wahlprogramm der SPD fast unsichtbar. Eine Antwort ist möglicherweise die Hoffnung auf den Status quo. Konsequentes Handeln im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation lässt sich immer wieder mit den gleichen Scheinargumenten abhebeln. Das Festhalten an etablierten Unternehmensformen und prekärer Beschäftigung macht für Mitte-links-Politik in Deutschland lediglich gelegentliche Reförmchen notwendig. Dass die Frage nach sozialer Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert anders gestellt werden muss, scheint auch in der Führungsspitze der Sozialdemokratie noch nicht angekommen zu sein.



Jutta Wüst, Hamburg

„Solidarität empfinde ich, wenn ich auf etwas aufmerksam werde, was mein Herz berührt.“



Tanja Müller, Manchester

„Solidarität ist für mich unteilbar und muss global gedacht werden, als Unterstützung aller Kämpfe für Gerechtigkeit, Würde und Unversehrtheit, auch der Natur. In einem kapitalistischen Wirtschaftssystem ist sie damit faktisch ausgeschlossen und nur als punktueller Widerstand realisierbar.“



Spricht mit Begeisterung über Fairen Handel: Benigna Trodler im Weltladen Pankow
Foto: Tina Eichner

Handeln für eine bessere Welt

Mit der Aktion „fairwertsteuer“ zeigt die Fair-Handel-Bewegung, wie Solidarität konkret werden kann

Von Gerhard Werum

Seit das Coronavirus die Welt auf den Kopf stellt, blicken viele auf die Strukturen der Globalisierung. Plötzlich interessiert, welche Auswirkungen die Infektionszahlen anderer Länder auf unsere Importe und Wirtschaft haben. Ausgeblendet werden jene, die am Anfang der Lieferketten stehen: deren Fabriken geschlossen waren und deren Produkte auf den Feldern verrotteten.

Bei Importeuren von fair gehandelten Waren, die enge Kontakte zu Produzent*innen pflegen, kamen Hilferufe an. Dabei saß man auch hier auf den Produkten fest, da die Läden geschlossen waren. Was also war zu tun?

Steffen Weber, Geschäftsführer des Weltladen-Dachverbandes, stellte dazu auf den digitalen Weltladen-Fachtagen im Juni 2020 die „aktion #fairwertsteuer“ vor: Man könnte die damals bevorstehende Senkung der Mehrwertsteuer ummünzen, um Gelder für einen Fonds zu generieren. Die Idee kam bei den Akteur*innen des Fairen Handels gut an. Preise nicht zu reduzieren war Kund*innen leicht zu vermitteln, so konnte Solidarität konkret werden.

Mit weiteren Zuwendungen kamen am Ende über 500.000 Euro zusammen. Eine Kommission aus Fair-Handels-Importeuren, Fair-Handels-Beratung und dem Weltladen-Dachverband sichtete Anträge der Produzent*innen. Oft gingen sie über die konkrete Nothilfe hinaus. Es galt, resiliente Strukturen zu schaffen, die langfristig für mehr Unabhängigkeit, aber auch Biodiversität sorgen. Denn Krisen sind im Globalen Süden mittlerweile Standard. Nicht nur Corona, auch Hurrikans und Dürren zerstören Jahr für Jahr die Lebensgrundlagen. Die Klimakatastrophe wird die Krisen vervielfachen.

Angeregt durch die Aktion äußerten die Partner berechnete Wünsche. Sanu Prajapati, Repräsentantin des Betriebs Chandra Handicrafts aus Nepal, erklärte etwa in einer E-Mail an Ganesh-Nepalhandel in Dortmund: „Wir schätzen Eure Hilfe sehr, würden uns aber noch mehr freuen, wenn Ihr uns Aufträge anbieten könnt, um so mit Arbeit die ganze Chandra-Handicraft-Familie längerfristig abzusichern.“

Der Einsatz für eine solidarischere und gerechtere Weltwirtschaftsordnung erfordert viel mehr als eine halbe Million Euro. Wir müssen bewusster konsumieren. Und wir müssen politisch handeln und uns einsetzen für ambitioniertere Klimaziele und für ein Lieferkettengesetz auf EU-Ebene, das wirksamer sein muss als das deutsche. Zum Kampf gegen weltweite Ungerechtigkeit zeigt der Faire Handel, wie beispielsweise Fluchtursachen vor Ort entgegenwirken werden kann und wie kleinbäuerliche Strukturen die weltweite Ernährung sichern.

Faire Oase inmitten Berlins

Wieso engagieren sich Menschen für Fairen Handel? Ein Treffen mit Benigna Trodler, die schon als Kind dabei war. Sie will einen neuen Weltladen als Genossenschaft gründen

Von Gerhard Werum

In einem Hinterhof in Berlin-Pankow dringt Straßenlärm durch eine Hauseinfahrt. Ein paar Arbeiter verteilen Rindenmulch in einer Ecke. Der angenehme Duft tut mir gut. Die sommerliche Hitze einer Großstadt bin ich nicht gewohnt, so dass mir der grüne Fleck gelegen kommt. Der Hof liegt hinter dem Weltladen Pankow. In einem hellen Raum im Vorderhaus werden dort T-Shirts, Körbe, Tassen, Kaffee, Tee, Gewürze und viele weitere Produkte angeboten. Alles ist hell und freundlich eingerichtet, alles stammt aus Fairem Handel.

Wie das Grün im Hinterhof sind auch die Weltläden Oasen in einer überwiegend auf Profit und Konsum ausgerichteten Wirtschaft. Die Produzierenden werden als gleichwertige Partner geschätzt, ihre Lebensbedingungen sind von Belang. Sie sollen von ihrem Einkommen leben können. Einkäuferinnen sind bereit, dafür angemessen zu bezahlen. Darin drückt sich ein solidarisches Miteinander aus.

Benigna Trodler, 35, sitzt mir gegenüber. Alle nennen sie nur Bena. Sie ist groß und schlank und trägt ein sommerliches

Kleid mit gedecktem blau-weißen Muster. Wenn sie lacht, strahlen ihre Augen. Bena ist die Geschäftsführerin im Weltladen. Aus ihr sprudeln die Visionen und Ideen nur so heraus, fast wirkt sie euphorisch. Wohl auch, weil eine dieser Ideen demnächst Wirklichkeit wird: die Gründung einer neuen Genossenschaft.

Letzten Oktober hat Bena zusammen mit sieben weiteren Mitstreitenden die Gründung vorbereitet und nun warten

„Ich kenne keine Organisationsform, die auf so solidarische Art verbindet“

Benigna Trodler

sie auf die Eintragung als „Genossenschaft Weltladen Mitte“. Ihr Ziel ist es, den neuen Weltladen „Sophiefair“ in der Nähe der Sophienkirche zu eröffnen, geplant ist der 30. September. Ideengeber waren neben einer Pfarrerin die „Koepjohann'sche Stiftung“, die weitere Interessierte aus dem Kiez ins Boot holen konnten. Die Stiftung wurde vor 230 Jahren zum Wohle der

Witwen und Waisen gegründet und engagiert sich heute in der Arbeit mit benachteiligten Frauen.

Bena ist begeistert von der Genossenschaftsidee: „Ich kenne keine Organisationsform, die die Menschen und die Sache, die dahintersteht, auf so solidarische Art verbindet“, sagt sie. Bena weiß, wovon sie spricht. Sie hat Betriebswirtschafts- und Volkswirtschaftslehre sowie Entwicklungsökonomie in London studiert.

Eine Genossenschaft zu gründen ist für sie auch ein Weg, sich den Globalen Süden zum Vorbild zu nehmen. Eine Vielzahl der Produzent*innen dort, die vor allem als Kleinbäuer*innen sowie Handwerker*innen ihren Unterhalt verdienen, haben sich genossenschaftlich organisiert. Dadurch haben sie ihren Weg gefunden, sich aus der Abhängigkeit der Zwischenhändler und Geldverleiher zu befreien.

Bena hat den Fairen Handel schon früh kennengelernt. Bereits im Alter von sieben Jahren stand sie hinter der Theke und half ihrer Mutter, die nach der Wende den Weltladen in Woltersdorf gegründet hatte. Mit 14 war sie mit ihrer Patentante zu Gast in einer ghanaischen Familie und lebte dort in einfachsten Verhältnissen. Hier nahm

ihre Begeisterung für den Austausch mit anderen Kulturen ihren Anfang. Ein Schulaustauschjahr führte sie nach Mexiko, sie besuchte ihre Schwester in Kuba und machte schließlich ein Praktikum in Kolkata in Indien.

Voller Begeisterung erzählt sie von dem „Craft Resource Center“ und deren Gründerin Irani Sen, die sie dort kennenlernte. Rund 5.000 Mitarbeitende – etwa 60 Prozent davon sind Frauen – produzieren unter anderem in der hauseigenen Lederwerkstatt Produkte für den Fairen Handel. „Vieles kommt von innen, das spüre ich in den Produkten“, sagt Bena. „Es ist wie ein Geschenk, das ich selbst hergestellt habe. Ich weiß, welche Menschen und welches Projekt dahinterstehen.“

Die junge Frau beeindruckt mich, ebenso wie all die Menschen, die hinter der Idee des Fairen Handels stehen. Und es beruhigt mich, dass ich nicht alleine bin, dass es immer wieder vor allem Ehrenamtliche gibt, die sich in der Bildungs- und Kampagnenarbeit in den bundesweit rund 900 Weltläden einsetzen und erfahrbar machen, dass Gender- und Klimagerechtigkeit, Biodiversität, Handeln auf Augenhöhe und politisches Engagement zusammengehören.

Anzeige

WIR MACHEN'S WIE DIE TAZ.
NUR SCHON 17 JAHRE LÄNGER.

Wir gratulieren der taz zu 30 Jahren Genossenschaft! Seit 1975 wissen wir: Nur gemeinsam lässt sich etwas bewegen – ob unabhängiger Journalismus oder nachhaltige Geldanlage.

ERFAHREN SIE MEHR AUF: [GUTESGELD.DE](https://www.gutesgeld.de)

OIKO
CREDIT
in Menschen investieren

einwurf

Solidarität,
die keine ist

Warum die Behauptung der eigenen Güte oft betrügerisch ist

Solidarität ist freiwillige, tatkräftige Unterstützung dringender Bedürfnisse anderer. Sind wir solidarisch, wenn wir einen Aufruf unterschreiben, oder müssen wir dabei auch tätig werden?

Liegt eine politische Forderung an die Regierenden vor, entfaltet eine Unterschrift ihre Solidarität durch Erhöhung der Zahl der Forderungen. Wird dagegen eine Tat oder Sachleistung gefordert, sinkt die Unterschrift zur reinen Meinungsäußerung ab, weil vom Unterzeichner selbst keine Leistung erbracht wird. Der Unterzeichnende will sich in gutem Licht sehen, scheut aber eigenes Engagement. Solidarität wird zur Leerformel, dient eigener missbräuchlicher Werbung. Ähnliche Vorspiegelungen von Solidarität finden statt, wenn beispielsweise die Ukraine dringenden Bedarf an Waffen meldet, ihr aber 5.000 Helme geliefert werden, um Solidarität zu zeigen. Solche „Solidarität“ soll der Propaganda der Unterzeichnenden dienen, Hilfe ist es nicht.

Und so wie im Kleinen Solidarität nur vorgetäuscht wird, so funktioniert es auch im Großen: Sind wir, die Staaten des globalen Nordens, solidarisch mit dem globalen Süden? Jahrhundertlang haben wir den Süden kolonisiert und ausgebeutet, dann machten sich diese Länder sukzessive selbständig. Die Erinnerung an die Ausbeutung wurde nicht vergessen, und gegenüber der EU erhielten die ehemaligen Kolonien im Handelsverkehr Vorteile: Sie konnten ihre Märkte mit Zöllen schützen, die EU hingegen durfte keine Steuern auf Einfuhren erheben. Das trug Früchte, bis bis die EU meinte, es sei genug der Förderung, die in Wahrheit nur ein schwacher Ausgleich für zuvor ertragene Ausbeutung war. Seit 2002 entwickelte die EU die EPAs, neuartige Handelsverträge zwischen der EU und Ex-Kolonien, die gleichwertige steuerliche Behandlung im Warenverkehr vorschreiben. Staaten, die nicht unterzeichnen wollten, wurden durch Streichung der vormals eingeräumten Handelsvorteile gezwungen, und das Wort von „mit der Pistole auf der Brust haben wir unterzeichnet“ machte die Runde, was die vermeintlich solidarischen EU-Staaten nicht wirklich störte.

Ex-Bundespräsident Richard von Weizsäcker sagte: „Nur eine solidarische Welt kann eine gerechte und friedvolle Welt sein.“ Unsere imperiale Lebensweise lässt die Annahme, wir seien mit dem globalen Süden solidarisch, keineswegs zu. *Ralf Liebers*



„Show us the money“: Aktivist*innen von Rise Up Uganda und Fridays For Future vor dem Reichstag
Foto: Robert Köster

„Auf einmal fühlte sich der Klimawandel sehr konkret an“

Die ugandische Klima-Aktivistin Hamira Kobusingye wünscht den G7-Regierungschefs ein schlechtes Gewissen. Am Zaun von Elmau erklärt sie, warum, und was sie sich für die Menschen zu Hause erhofft

Interview **Tanja Müller**



Foto: Robert Köster

Hamira Kobusingye, Klimaaktivistin und Frauenrechtlerin aus Uganda, kam zu den G7-Protesten nach Deutschland.

*Etwafünfzig Menschen, meist schwarzer Hautfarbe, versammeln sich auf der Wiese vor dem Reichstag in Berlin, ein Zwischenstopp auf dem Weg zum G7-Gipfel in Bayern. „We want climate justice now“, rufen sie in die Mikrofone. Eine Gruppe Aktivist*innen des Rise-Up-Netzwerks ist aus Uganda angereist, seit fast einem Monat sind sie schon in Europa auf ihrer „Klimamobilisierungstour“, wie sie es selbst nennen. Sie waren in Schweden und zum Wiener Weltgipfel in Österreich, um den Globalen Norden an seine Verantwortung für die Klimakatastrophe zu erinnern und Solidarität einzufordern. Unter dem Slogan „Show us the money“ fordern sie von den Ländern des Globalen Nordens, endlich Geld für den Klimaschutz im Globalen Süden auf den Tisch zu legen. Eine der Aktivist*innen aus Uganda ist Hamira Kobusingye. „Es ist so heiß, lass uns irgendwo im Schatten sitzen“, sagt sie, und wir finden einen schattigen Platz unter einem Baum.*

Wie hängen Solidarität und Klimagerechtigkeit für dich zusammen?

Ich wuchs mit einer alleinerziehenden Mutter auf. Es war sehr schwer für sie, mich alleine großzuziehen, sie wurde oft schlecht bezahlt, weil sie keine höhere Bildung hatte. Sie hat sehr gelitten und sehr viel aufgegeben. Schon von klein auf wollte ich deshalb, dass alle ein besseres Leben haben. In der Sekundarschule habe ich jüngere Mädchen beraten, wie sie ihr Leben meistern können.

Was waren da die größten Probleme?

Dass junge Mädchen schwanger wurden. In Uganda wirst du dann von der Schule geworfen, und das war's mit der Ausbildung. So habe ich schon früh verstanden, was Ungleichheit und Ungerechtigkeit sind. **Und das hat dich geprägt?**

Ja definitiv. Ich arbeitete bei einer NGO, die Frauen dabei unterstützt, ihr Gemüse selbst anzubauen. Wenn die Familie etwas zu essen hat, bleibt Geld übrig, zum Beispiel für Schulgebühren. Aber dann ist etwas Schreckliches passiert: Ich habe auch von meinem Ersparten in dieses Anbauprojekt investiert, dann kam der Regen nicht, alle unsere Pflanzen sind verdorrt. Es brach mir das Herz, vor allem, weil ich nicht wusste, was ich hätte anders machen können. Und dann kamen auch noch Covid und der Lockdown in Uganda. Das gab mir die Zeit, intensiv zu lesen, mich weiterzubilden. Ich verstand, dass ich mit meinem Farmprojekt versuchte, an den Symptomen rumzudoktern. Aber was wirklich passiert, ist die Veränderung in den Wetterverhältnissen, des Klimas. Es war nicht so, dass ich meine Pflanzen schlecht betreut habe. Ich hatte nichts falsch gemacht, aber wenn das Klima sich ändert, muss man in anderen Kategorien denken. Auf einmal fühlte der Klimawandel sich für mich sehr konkret an.

Und dann hast du begonnen, dich da zu engagieren?

Ich arbeite immer noch mit lokalen Frauengruppen, auch um ihnen zu zeigen, wie sie durch andere Methoden die Probleme des Klimawandels nicht verstärken. Aber ich habe mich auch mehr und mehr mit fossilen Brennstoffen und ihren Auswirkungen beschäftigt, und auch mit den Kampagnen hier in Afrika, zum Beispiel die Kampagnen im Niger-Delta, in Point Harcourt, gegen die Ölindustrie. Ich lernte jeden Tag mehr über die daraus folgenden Umweltprobleme und Gesundheitsprobleme.

Und wie hat das deinen Aktivismus vor Ort in Uganda beeinflusst?

Ich habe angefangen zu streiken, auf den Straßen Kampalas. Ich fing je-

den Tag mit einer Streikstunde an. Ich hatte ein Plakat mit einer Familie aus Port Harcourt, deren Baby schon eine verseuchte Lunge hatte, von dem Ruß und anderen Abgasen. Ich saß auf der Straße und erklärte den Leuten, die vorbeingingen, das Problem. So fing ich an.

War das inspiriert von Greta Thunberg?

Von Greta habe ich erst später erfahren, aber ich hatte von der ugandischen Klima-Aktivistin Vanessa Nakate gehört, was für eine Kampagne sie gestartet hatte. Ich realisierte, dass das, was im Niger-Delta passierte, auch jederzeit in Uganda passieren konnte, besonders nachdem in Uganda Öl entdeckt worden war. Unsere Leute wären genauso betroffen. Ich fing dann an, Artikel zu schreiben, für Rise Up, aber auch mit anderen Aktivist:innen aus anderen Ländern. So bin ich eine der Stimmen meiner Community. Ich weiß, woran diese leidet, was der Klimawandel für sie im konkreten Alltag bedeutet.

Was erhoffst du dir?

Wenn unsere Geschichten wieder und wieder erzählt werden, als Geschichten einer Gesellschaft, müssen Entscheidungsträger uns anhören. Afrika trägt nur wenig bei zu den globalen Emissionen und ist es nicht fair, uns mit ihren zerstörerischen Folgen alleine zu lassen. Unser Leiden basiert auf dem Imperialismus und dem Wohlstand des Globalen Nordens. Letztlich ist es eine Art Umwelt-Kolonialismus.

Was hofft ihr auf dem G7-Gipfel zu erreichen?

Wir haben keinen offiziellen Platz im Programm. Wir sind Teil der Protestbewegung und ich werde am Zaun eine Rede halten.

Denkst du, eure Botschaft wird zu den G7-Regierungschefs durchdringen?

Vielleicht werden sie uns ignorieren, aber sie werden dennoch schlaflose Nächte haben, wenn sie darüber nachdenken, wie viel Elend ihre Entscheidungen auslösen. Das Pariser Klimaabkommen will, dass es eine Finanzierung für die ärmeren Länder gibt. Es wird sich auch für den Globalen Norden rächen, dies zu ignorieren. Letztlich basiert ihr Reichtum auf dem, was sie uns genommen haben.

Und wie steht es mit der politischen Führung Ugandas – wird eurer Bewegung dort zugehört?

Unsere politische Führung ist auch in der Verantwortung und nicht frei von Schuld. Gleichzeitig ist sie eingebunden in ein globales System, das ihnen wenig Handlungsspielraum gibt. Von daher ist es wichtig, das Denken im Globalen Norden zu ändern und Solidarität einzufordern.

Wie spielt der momentane Krieg in der Ukraine hier herein?

Ich verurteile den Krieg. Aber jeder sollte auch wissen, dass während dort Menschen im Krieg sterben, Menschen in Uganda an den Folgen des Klimawandels, an Hunger, Dürre oder Überschwemmungen, sterben. Es macht mich traurig und wütend, wenn ich dort ein unterernährtes Kind sehe. Der Krieg in der Ukraine ist in aller Munde, aber um unsere Toten kümmert sich niemand. Meine größte Enttäuschung ist, dass nun europäische Länder versuchen, fossile Rohstoffe statt aus Russland aus unseren Ländern zu bekommen. Das ist so unfair. Es bringt mich zurück zum Anfang meines Aktivismus: Als europäische Ölkonzerne im Niger-Delta Umweltkatastrophen verursachten, packten sie einfach ein und gingen. Das ist so unfair, denn es ist die lokale Bevölkerung, die mit den Folgeschäden zurückbleibt.



Paul Jerchel, Berlin

„Solidarität ist für mich die dauerhafte Bereitschaft zur Zugewandtheit und zum Gemeinschaften – im Bewusstsein und der Überzeugung, dafür irgendwann, irgendwo etwas wiederzubekommen.“



Gerhard Werum, Dieburg

„Im Fairen Handel erlebe ich Solidarität unmittelbar, denn hier gehören Gender- und Klimagerechtigkeit, Biodiversität, Handeln auf Augenhöhe und politisches Engagement zusammen.“

vr.de

Friedrich Wilhelm
Raiffeisen

Hermann
Schulze-Delitzsch

**Die Gründerszene
gratuliert herzlich
zum 30. Geburtstag.**

**Morgen
kann kommen.**

Wir machen den Weg frei.

Vor rund 170 Jahren haben diese beiden Herren die genossenschaftliche Idee ins Leben gerufen. Die Geburtsstunde der Volksbanken Raiffeisenbanken. 140 Jahre später kamt ihr. Daher von Genossenschaft zu Genossenschaft: Herzlichen Glückwunsch und alles Gute! Wir freuen uns auf viele weitere Jahre Information und intelligente Unterhaltung.

**Volksbanken
Raiffeisenbanken**



Verzögerungen im Betriebsablauf

Wie kommt die Verkehrswende in der Hauptstadt voran?

„Berlin ist Teil einer weltweiten Bewegung, in der Städte auf die veränderten Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürgern reagieren. Mit einem effizienten Verkehrssystem sollen ein hohes Maß an Verkehrssicherheit, garantierte Mobilität für alle, faire Flächenaufteilung und wirksamer Klimaschutz realisiert werden.“ Diese Sätze mögen utopisch anmuten, doch sie stehen auf der Webseite des Berliner Senats. Als erstes Bundesland hat Berlin 2018 ein Mobilitätsgesetz verabschiedet, das den Vorrang des „Umweltverbundes“ aus ÖPNV, Fuß- und Radverkehr festschreibt. Grundlage dafür ist ein Stadtentwicklungsplan „Mobilität und Verkehr“, ergänzt durch spezifische Einzelpläne.

So enthält der am 9. November 2021 beschlossene Radverkehrsplan unter anderem die Routenführung und Qualitätsstandards für ein 3.000 Kilometer langes Netz von Radwegen in einem dreistufigen System von „Schnellwegen“, „Vorrang-“ und „Ergänzungsrouten“. Als Ziele werden die Umsetzung des Wegenetzes bis 2030, die Steigerung des Radverkehrsanteils und die Erhöhung von subjektiver Sicherheit und Zufriedenheit benannt. Außerdem die „Vision Zero“ – keine Verkehrsunfälle mehr mit schweren Personenschäden. In den Erstellungsprozess war eine große Zahl von BürgerInnen und Verkehrsverbänden einbezogen.

Berlin hat sich also auf den Weg gemacht, aber wie kommt es dabei voran? Hier und da sind aus Pop-up-Radwegen geschützte Radstreifen geworden, allein 25 Kilometer im grün regierten Bezirk Friedrichshain-Kreuz-

Als erstes Bundesland hat Berlin schon 2018 dem ÖPNV, Fuß- und Radverkehr Vorrang eingeräumt

berg. Dort liegt auch der Graefekiez, in dem eine Verkehrsberuhigung mit weitgehender Umwandlung von öffentlichem Parkraum geplant wird. Das Modellprojekt hat allerdings erheblichen medialen Gegenwind ausgelöst, und bei den meisten anderen Zielen gibt es bislang wenig erkennbaren Fortschritt. Das dürfte auch mit mangelnden personellen Ressourcen zusammenhängen: Allein in der zuständigen Senatsverwaltung würden zur Umsetzung des Radverkehrsplans etwa 200 Fachkräfte benötigt, bislang sind aber nur 60 Stellen besetzt. Auch die für den Straßenbau zuständigen Bezirke setzen sehr unterschiedliche Prioritäten. So konstatiert bereits der Radverkehrsplan „eine Diskrepanz zwischen der bisherigen Ausbaugeschwindigkeit und der Erfüllung der Zeitziele des Mobilitätsgesetzes“. Innerhalb eines Jahres nach Verabschiedung soll der Personalbedarf für die Umsetzung der verankerten Maßnahmen konkretisiert werden, so der Plan. Das erinnert irgendwie an Klimaschutz – es bleibt nicht mehr viel Zeit. *Michael Barker*

Berlin per Rad: Das Paradies ist endlich

Kein Bundesland hat größere Ambitionen bei der Förderung des Radverkehrs als Berlin. Trotzdem werden hier im Schnitt weiter zwei Radfahrer und Fußgänger pro Monat getötet



Die schöne neue Radfahrwelt ist in Berlin oft noch nicht mehr als ein Provisorium
Fotos: Michael Barker

Von **Michael Barker** und **Nicola A. Mögel**

Auf Berlins Straßen sind Radfahrende eine bedrohte Spezies, so das Narrativ. Stimmt das? Wir gehen es an. Michael, gelernter Berliner, zieht seinen Helm auf, klickt in die Pedale, und los geht's vor dem taz-Haus in der Friedrichstraße. Mit dem neugierigen Blick der radelnden Nürnbergerin fahre ich mit meinem Faltrad mit. Leider nicht allzu weit, denn die erste rote Ampel nimmt uns den Schwung. Un-

gläublich lange dürfen wir vorbeifahrende Autoschlängen aus allen Richtungen beobachten. Das Schauspiel interessiert jedoch nicht alle Radfahrenden, und so schlängelt sich der eine oder die andere über den Fußweg durch die Zuschauenden.

So macht es Spaß. Ein Fahrradparadies. Keine Autos, viel Platz, rechts und links Sitzgelegenheiten statt Parkplätze. Hat hier die Pariser Fahrradhaupt-

straße Rue de Rivoli Patin gestanden? Die Berliner Variante verläuft auf einem Teilstück der Friedrichstraße – passenderweise vor den Galeries Lafayette. Aber warum ist die Geschwindigkeit auf 20 Stundenkilometer begrenzt?

Das Paradies ist endlich und endet recht unvermittelt, wohl auch für die ortsunkundigen Autofahrenden auf den Querstraßen. Deren recht undurchsichtiges Abbiegemanöver auf mehreren Spuren ein paar Meter weiter lässt keinen Raum mehr für schmale Zweiräder. Eine harte Landung im echten Fahrradleben. Und bei einem längeren Bremsweg vermutlich auf dem Asphalt.

In gemäßigttem Tempo – Ampeln, Buckelpisten und auch gegen die Fahrtrichtung gepolte E-Scooter*innen nehmen die Geschwindigkeit raus – rollen wir dahin. Aber was ist das? Es rauscht, und schon ist er nur eine Lenkerbreite links neben uns. Zum Stehen kommt der gelbe Koloss recht unvermittelt direkt auf der Radspur. Ach nein, es ist eine Gemeinschaftsspur für Busse und Radfahrende. Und diese ist jetzt eben blockiert. Es erfordert Beherrschung, daran vorbei in den fließenden Verkehr auszusichern. Doch hinter dem Bus fühlt es sich auch nicht wirklich sicher an.

Für Sicherheit sorgen in Friedrichshain-Kreuzberg grüne Kunststoffbarrieren entlang des Radwegs. Die Fahrbahntrennung gibt es in verschiedenen Ausführungen, gemeinsam ist ihnen, dass sie nicht von Autofahrer*innen überrollt werden können. Im nächsten Bezirk ist es dann wieder anders. Hier parkt der Lieferwagen mitten auf dem Radweg. Auf die Autospur ausweichen oder gar rechts daran vorbei?

Ohne Risiko ist so ein Überholmanöver auf keinen Fall. Auch wenn die meisten Unfälle von Radfahrenden eher glimpflich ausgehen, verunglücken doch täglich Radfahrende schwer auf deutschen Straßen und viel zu häufig enden die Unfälle tödlich. Dann stellt der ADFC Berlin gemeinsam mit Changing Cities an den Unfallorten zur

Erinnerung an die tödlich Verunglückten weiße, sogenannte Ghostbikes auf. 2021 starben in Berlin 13 Fußgänger*innen und 10 Radfahrer*innen.

Es sind einfach zu viele Autos. Sie parken den Straßenraum zu, blockieren immer wieder Rad- und Fußwege, nehmen die Sicht und drängen die Fußgänger*innen und Radfahrenden in die Enge. Im Fahrradparadies würden alle Beteiligten Rücksicht aufeinander nehmen, den anderen ihren Raum

Es ist eine Gemeinschaftsspur für Busse und Radfahrende. Und diese ist jetzt eben blockiert

lassen und sich solidarisch mit den Schwächeren zeigen. Die Realität auf den Berliner Straßen sieht anders aus. Richtig sicher fühlt es sich nur da an, wo Trennelemente die Trasse der Radfahrenden von der Autospur separieren.

An der S-Bahn verabschiede ich mich von Michael. Und wie fühlt es sich jetzt an, in Berlin mit dem Rad unterwegs zu sein? Nicht direkt bedrohlich, aber auch nicht entspannt und gleichberechtigt. Ampeln und Verkehrszeichen werden schon mal ignoriert, Autotüren abrupt geöffnet, Lkws biegen zu schnell ab und Radwege enden plötzlich auf der Straße. Wer da auf der Hut ist und vorausschauend fährt, lebt wahrscheinlich länger.

Das mag zwar dem einen oder anderen als Minimalergebnis reichen. Ein sicheres Miteinander im Straßenverkehr wird damit definitiv nicht erreicht. Der erste Paragraph der Straßenverkehrsordnung erfordert eine ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht. Hier hat das Gesetz auch die Radfahrenden und Fußgänger*innen, egal wie alt sie sind und wie geschickt sie agieren, im Blick. Es müssten sich nur alle dran halten.

„Die Privilegierung des Autos muss enden“

Solveig Selzer vom Allgemeinen Deutschen Fahrradclub erklärt, wie ein Verkehrssystem die Schwächsten schützt

Interview **Nicola A. Mögel**

Wo bleibt die Solidarität im Berliner Straßenverkehr?

Solidarität im Verkehr bedeutet, dass diejenigen Verkehrsteilnehmenden am stärksten geschützt werden müssen, die nicht eine Knautschzone aus Blech um sich herum haben. Also die Radfahrenden und Zu-Fuß-Gehenden. Und das geht am besten

mit geeigneter Infrastruktur.

Was bedeutet das genau?

Zum Beispiel geschützte Radstreifen, die ausreichend breit sind und Absperrungen zum Autoverkehr haben. Oder dass in Fahrradstraßen durch die Beschaffenheit der Straße allen sofort klar ist, wer hier Vorrang hat – also nicht nur ein Schild aufgestellt wird. Abbiegeassistenzsysteme bei Lkws sind ein Versuch, diesen Schutz technisch zu verwirklichen.

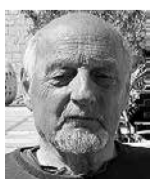
Was sind eure langfristigen Ziele? Grundsätzlich läuft alles darauf hin-

aus, die Privilegierung des Autos zu beenden. Der ADFC hat auf Bundesebene Ziele für ein neues Straßenverkehrsgesetz formuliert. Ein ganz wichtiges Ziel ist die Vision Zero, also keine Verkehrstoten mehr. Das Verkehrssystem muss von den dort aktiven Menschen gemachte Fehler ausgleichen und ungeschützte Verkehrsteilnehmende aktiv schützen. Dann die Gleichstellung aller Verkehrsarten: Bisher hatte der Autoverkehr oberste Priorität, künftig sollen Bus, Bahn, Rad- und Fußverkehr be-

sonders berücksichtigt werden. Oder auch die Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutzziele. Bisher waren nur die Flüssigkeit des Autoverkehrs und die Gefahrenabwehr Gesetzesziele. Auch im ADFC-Entwurf für ein Gute-Straßen-für-alle-Gesetz enthalten sind eine nachhaltige Stadt- und Verkehrsentwicklung und eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung. So wird das freie Parken für Kraftfahrzeuge eingeschränkt. Dadurch direkt mehr Platz für Fuß- und Radverkehr.



Solveig Selzer, Politische Referentin des Vorstandes, Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club e. V., LV Berlin



Dietmar Rauter

„Solidarität ist für mich das Recht für jede/n auf eine Arbeit, die erfüllt und ein auskömmliches Leben ermöglicht.“



Barbara Horn, Nürnberg

„Solidarität bedeutet für mich, sich einzusetzen für die Ziele oder Bedürfnisse anderer Menschen, die ähnlich moralische und ethische Grundsätze haben wie ich, ohne einen materiellen Gewinn dabei zu erzielen.“



Wie Mutter Erde überleben kann

Wie können wir uns mit der Natur solidarisieren? Ein Mitglied der Navajo Nation aus Arizona, ein Maultier-Packer aus Wyoming und ein Primatenforscher aus Georgia geben Antworten

Aus Rockville, Maryland **Claudia Gebert**

Vier Tage lang hatte ich meine Rede perfektioniert und eingeübt. Nun war es so weit. An einem Donnerstagabend im Mai stand ich vor den fünf Mitgliedern des Planungsausschusses von Montgomery County im US-Bundesstaat Maryland. Auf der Agenda stand die öffentliche Anhörung zur Neugestaltung des örtlichen Regionalparks. Wie in einem Gerichtssaal trennte eine Balustrade Besucher:innen von den Ausschussmitgliedern. Es war nervenaufreibend.

Ich war nicht die Einzige, die über sich hinauswuchs. Mit mir sagten noch zwei Dutzend weitere Bürger:innen aus. Ohne uns zu kennen, hatten wir alle spontan beschlossen, unsere Argumente vorzutragen. Dabei kämpften wir nicht für den Erhalt unseres Zuhauses, einer Schule oder eines Jugendzentrums, sondern wir stritten für einen Reitstall, ein Heim von 34 Pferden, der seit 60 Jahren Anziehungspunkt für groß und klein ist. Er drohte, einem Sportplatz weichen zu müssen. Mit fester Stimme schleuderte ich den Ausschussmitgliedern entgegen: „Wir haben ein wahres Juwel mitten in einer Metropole. Zerstört es doch nicht! Seid kreativ, um diesen Schatz zu erhalten!“

Viele weitere Bürger:innen hatten E-Mails geschrieben und protestiert. Unser Engagement machte mich nachdenklich: Wieso hatten so viele Menschen spontan die Zeit und Kraft, sich für einen Reitstall und 34 Pferde einzusetzen, während wir gleichzeitig mit der Klimakrise kämpfen?

In meiner Nachbarschaft, einem bürgerlichen Viertel mit niedrig gebauten, u-förmigen Wohnkomplexen und Grünflächen in den Innenhöfen, lässt sich unser destruktives Verhalten beobachten: Menschen fahren mit Autos vor, steigen aus und ein oder blei-

ben sitzen, ihre Köpfe über das Handy gebeugt. Und: Die Motoren summen im Leerlauf und verpesten unbedacht die Luft. Manchmal ein paar Minuten, manchmal über eine halbe Stunde.

Ist diese selektive Solidarität ein spezifisch US-amerikanisches Beispiel? Mitnichten. In Meßkirch zum Beispiel, einer Kleinstadt im Südwesten Deutschlands, solidarisierten sich Menschen mit Mehlschwalben und beschenkten die bedrohte Vogelart mit einem Mehlschwalbenhaus – während gleichzeitig das Tempolimit auf deutschen Autobahnen boykottiert wird.

Für eine Erklärung dieses Phänomens wende ich mich an jene, die sich wissenschaftlich mit dem Thema beschäftigen, und jene, die kulturell und beruflich eine innige Verbindung zur Natur pflegen.

Die Navajo wussten, dass es ohne die Natur kein Überleben gab

Solidarität definieren Barbara Prainsack und Alena Buyx in ihrem Buch „Solidarity in Biomedicine and Beyond“ als den unbedingten Einsatz für diejenigen, mit denen sich die Helfenden identifizieren und zugehörig fühlen, selbst wenn sie für ihren Einsatz finanzielle, soziale oder emotionale Kosten auf sich nehmen müssen. Für die Solidarität mit der Natur gibt es den Begriff der *ökologischen Solidarität*, der sich unter anderem als die Akzeptanz des Menschen definiert, sich als integralen Teil des Ökosystems zu verstehen.

Haben sich indigene Völker nicht schon immer mit der Natur solidarisiert? Ich treffe ein Mitglied der Navajo

Nation in einem mexikanischen Restaurant. Er möchte nur Tom genannt werden, ist Anfang 40, trägt schwarze kurze Haare, Jeans und ein T-Shirt mit dem Aufdruck eines lokalen Fitnessstudios. Er hat ein warmes Lächeln. Tom ist im Reservat im nordöstlichen Arizona aufgewachsen. Seine Vorfahren hätten sich in der Tat als Teil der Natur empfunden. Für sie seien Mond, Erde und Himmel nicht einfach nur Planeten und Luftraum über der Erde gewesen, sondern Familienmitglieder. „Der Mond war ihr Bruder, ihre Mutter die Erde, der Himmel ihr Vater. Sie wussten, dass es ohne die Natur kein Überleben für sie gab.“

1868 wurden die Navajo ins Reservat abgeschoben, das Teile der US-Bundesstaaten Utah, Arizona und New Mexico umfasst. Danach hätten sie ihre Traditionen nicht mehr leben können und sich immer mehr von ihrer Familie Natur entfernt. Sie konnten sich nicht mehr in und mit der Natur ernähren, sondern mussten in Handelsstationen der Weißen einkaufen.

Heute ist Tom froh, im Reservat aufgewachsen zu sein, trotz einer Kindheit in Armut und vielen Entbehrungen. Dort habe er gelernt, aus wenigem das Beste zu machen. Mit 17 Jahren verließ er das Reservat, um zu studieren. Seine Familie feiert noch immer die traditionellen Feste zu Ehren von Mutter Erde, Vater Himmel und Bruder Mond. Das Gefühl, Teil der Natur zu sein, sei sofort wieder präsent, sobald er nach Hause zu seiner Familie komme – auch wenn er sich sicher sei, dass es mit dem Naturgefühl seiner Vorfahren nicht vergleichbar ist.

Für die Zukunft ist Tom optimistisch: Schon heute verbinde sich die Navajo Nation wieder stärker mit der Natur. Junge Navajo, die an den Universitäten gut ausgebildet wurden, kämen zurück, um im Reservat eine Zukunft für

sich aufzubauen. Sie etablierten umweltfreundliche Bewässerungs- und erneuerbare Energiesysteme.

Auch innerhalb der nicht indigenen Gesellschaft gibt es Menschen, die in und mit der Natur arbeiten. Vor Kurzem durfte ich Mike kennenlernen. Er ist ein 67-jähriger, kräftiger Mann, der lange als sogenannter „Packer“ für den National Forest Service, das nationale Forstamt, gearbeitet hat. Mit seinen Maultieren erreichte er Orte in der Wildnis von Wyoming, die anders nicht zugänglich wären. Manchmal begleitet er auch Touristen auf Ausflüge. Er arbeitete bei der Feuerwehr und half bei der Aufforstung nach Waldbränden. Obwohl Mike hart sein Leben lang in der Natur gearbeitet hat, ist ihm die Debatte über den Klimawandel suspekt. Sicherlich würde dieser viele Regionen hart treffen, andere Regionen würden dafür aber profitieren.

Die Waldbrände im Westen der USA sieht Mike beispielsweise eher gelassen. Nahe seiner Heimatstadt in Wyoming habe es seit 1917 viermal gebrannt, das letzte Mal 2017. Er sagt, viele Ökosysteme seien auf die neuen Bedingungen nach Bränden und Überflutungen angewiesen, um sich zu erneuern und zu überleben. Natürliche Brände sollten aus seiner Sicht daher gar nicht gelöscht werden. Er wünscht sich, kontrollierte Brände würden denen nachgeahmt, wie sie die amerikanischen Indigenen kultiviert haben: regelmäßig, in Mosaikform, damit sie klein und kontrollierbar bleiben. Richtig findet er, Äcker nicht mehr zu pflügen, um Bodenerosion zu verhindern. Gesunde Böden und Pflanzen seien das A und O.

Doch wie können wir alle gemeinsam daran arbeiten, unsere Lebensgrundlage zu erhalten? Der Wissenschaftler Frans deWaal meint dazu: Menschen sollten sich vom Verständnis lösen, als Herrscher nach Gutdün-

ken über die Natur verfügen zu können. Denn eine Voraussetzung für gelungene Solidarität ist Empathie, die Fähigkeit, den Gefühlszustand eines Gegenübers zu verstehen und zu teilen. DeWaal hat sich der Erforschung dieses Themas gewidmet. Ich spreche am Telefon mit dem Biologen und Primatenforscher, der an der Emory University im US-Bundesstaat Georgia lehrt. Er ist sich sicher: Nur wenn sich Menschen als Teil der Natur begreifen und sich mit ihr solidarisieren, besteht die Chance, die Erderwärmung langfristig zu verlangsamen.

DeWaal und seine Kolleg:innen studieren das Verhalten von den nächsten Verwandten des Menschen: Bonobos und Schimpansen. Wer einmal gebannt einem Vortrag von deWaal gelauscht oder eines seiner Bücher gelesen hat, wird zugeben müssen, sich im Verhalten von Bonobos und Schimpansen wiederzufinden. Er und andere Verhaltensforscher:innen haben herausgefunden, dass viele Tiere genau wie Menschen Empathie empfinden und empathisch handeln – nicht nur Säugtiere, sondern auch Vögel.

Sollte deWaal recht behalten und die Menschen überleben, indem sie sich als Tiere und Teil der Natur wahrnehmen, so ist die nicht indigene Mehrheitsgesellschaft von dieser Wahrnehmung heute weiter entfernt als die Indigenen. Das zeigt ein Besuch auf der Homepage des Navajo Nation Umweltamtes. Da heißt es: Seine Mission sei der Schutz von Mutter Erde und Vater Himmel und allem Lebenden. Seine Vision die Wiederherstellung von Harmonie und einer nachhaltigen Umwelt für alles Lebende. Im Vergleich dazu liest sich die Webseite des deutschen Umweltbundesamtes dagegen eher trocken. Das Amt begrüßt seine Besucher auf der Homepage mit dem Satz: „Mehrwertsteuer ökologisch und sozial gestalten“.



Schaffen es die Menschen, sich mit Tieren zu solidarisieren? Foto: James Gritz/robertharding/laif



Foto: Karsten Thielker

IST HEUTE DER TAG, AN DEM DU MITGLIED NR. 22.222 WIRST?

Die taz Genossenschaft feiert ihren 30. Geburtstag.
30 Jahre unabhängiger Journalismus!
30 Jahre Meinungsvielfalt!
30 Jahre Solidarität von heute über 22.200 Mitgliedern!

**Jetzt suchen wir unser 22.222 Mitglied.
Ab 500 Euro können Sie taz-Genoss*in werden.**

Noch Fragen? (030) 25 90 22 13 oder geno@taz.de

genossenschaft.taz.de

Unter allen Interessent*innen verlosen wir einen Gutschein im Wert von 222 Euro für den taz Shop

30
taz Jahre
genossenschaft

taz Verlagsgenossenschaft eG, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

Den Redakteur:innen,
dem Geno-Team,
der Kantine –
Danke von ♥



Solidarische Grüße aus der Zukunft

Wir schreiben das Jahr 2042. Im Posteingang findet sich eine Videobotschaft zum 50. Jubiläum der taz Genossenschaft

Von Michael Barker und Nicola A. Mögel

liebe Genoss*innen, 50 Jahre taz Genossenschaft, das ist ein halbes Jahrhundert gemeinsamen Wegs für unabhängigen Journalismus. Die Mitgliederzahlen haben sich positiv entwickelt, wir hoffen bald unsere* n 100.000 Genoss*in begrüßen zu können. Auch das ist ein guter Anlass, auf diesen Weg zurückzublicken. Ich bin ein alter Mann, deshalb erlaubt mir einen persönlichen Einstieg.

Es war im Hitze- und Dürresommer 2022, also vor 20 Jahren, als die taz Genossenschaft ihren 30. Geburtstag feierte. Ein Team von Genoss*innen wurde zur freundlichen Übernahme eingeladen und gestaltete den Gesellschaftsteil einer Wochenendausgabe zum Thema Solidarität. Viel Originelles war dabei, bisschen Murks auch. Auf jeden Fall eine kreative Aktion. Diese Ausgabe und ihre Botschaft erreichten mich genau im richtigen Moment: Ich war gerade 60 geworden, finanziell unabhängig und sozial engagiert. Meine Kinder gingen ihre

eigenen Wege, der Job lief fast nebenbei ohne große Anstrengung. Trotzdem wurde ich das Gefühl nicht los, dass mir etwas fehlte. Ein wichtiges gesellschaftliches Element, das wurde mir nach und nach immer klarer: breit gefächerte, unabhängige Information zu den Themen, die mich interessieren, mit Köpfchen, Engagement und auch mal augenzwinkernder Selbstkritik. Und vor allem mit dem Blick für Menschen und Gruppierungen, die im Abseits stehen, deren Situation und Bedürfnisse im Medienalltag meist unter den Tisch fallen.

Damals haben wir die weltweiten Krisen noch für begrenzt und beherrschbar gehalten – im dritten Jahr der Coronapandemie, im ersten Jahr des Ukrainekriegs und in dem Jahr, als das 1,5-Grad-Klimaziel endgültig über Bord geworfen werden musste. Komplexe und globale Themen beherrschten die Medien, und ich erkannte: Den kritischen, unabhängigen Journalismus der taz braucht es mehr denn je.

Erst habe ich nur mein Abo auf den politischen Preis upgegradet. Damals

wurde die Zeitung tatsächlich noch auf Papier gedruckt, der Wegfall der Print-Ausgabe an Wochentagen war allerdings schon in Vorbereitung. Das hatte zwar einen ziemlichen Aufruhr in der Leser*innen- und Genoss*innenschaft verursacht, war am Ende aber doch argumentativ überzeugend und hat der

„Ich finde es gut, wie taz und Genossenschaft mit der Zeit gegangen sind“

taz neuen wirtschaftlichen Freiraum verschafft. An der zweiten App-Version wurde noch gefeilt und Smartphones passten noch in Hosentaschen, im taz-Haus saßen die Blattmacher*innen vor Bildschirmen und Tastaturen. Dann kam der Aufruf: Werde doch Genosse, zeichne einen Anteil und bringe dich aktiv ein! Das habe ich kurzentschlossen gemacht, die Kohle hatte ich ja flüssig und die Leute vom Geno-Ser-

vice waren total freundlich. Ich musste denen tatsächlich ein unterschriebenes Blatt Papier mit der Briefpost schicken, könnt ihr euch das vorstellen?

Bei meiner ersten Mitgliederversammlung ging es ganz schön hoch her, als grauhaarige Eminenzen in der ersten Reihe schalteten sich Christian Ströbele und Jony Eisenberg ein. Die Debatte um einen Satzungsänderungsantrag, den ich schon längst vergessen habe, war dann aber echt ermüdend.

Seit nunmehr 20 Jahren hat die taz also einen festen Platz in meinem Alltag, ich liebe den schrägen Humor von „verboten“ und wische vom Titel immer erst einmal auf die Wahrheit zum „touché“. Was auf den Seiten dazwischen steht, war oft gut recherchiert, originell, frisch aufgemacht. Immer wieder musste ich mich aber auch aufregen, etwa wenn die taz ihre Häme über Kirchen-Affine ausgießt oder grüne Stereotype unkritisch tradiert. Ich habe angefangen, Kommentare und Leserbriefe zu schreiben, die allerdings nur selten im Blatt landeten. Ein Mensch

hatte auf jeden Fall immer ein offenes Ohr für mich: Konny von der Geno. Echt schade, dass sie sich nach unserem Jubiläum wirklich in den Ruhestand verabschieden möchte, auch wenn Steffi und die anderen 15 vom Geno-Team unsere Anfragen und Anregungen genauso engagiert entgegennehmen und uns mit Infos versorgen.

Ich finde es gut, wie taz und Genossenschaft mit der Zeit gegangen sind: Cloud-Diktatsystem, neue Klimaanlage, zugewachsene Dachterrasse, Einzug von Geflüchteten in die nicht mehr benötigte Etage, ein erweiterter Außenbereich der Kantine. Ihr könnt euch wahrscheinlich nicht vorstellen, dass die Friedrichstraße früher für den Autoverkehr freigegeben war. Keine schlechte Ausgangslage also. Oldies wie ich müssen irgendwann abtreten. Macht was draus – und vielleicht lädt mich ja noch mal jemand ein, um an einer besonderen Ausgabe zum nächsten Geburtstag mitzuschreiben? Ich würde auf jeden Fall kommen ...

Mit solidarischen Grüßen
Euer Durchschnittsgenosse 2022

Das Problem der jungen Leute

In der Verdrängungsgesellschaft herrscht angesichts der ökologischen und sozialen Aussichten Ratlosigkeit vor. Wenn sich die Erkenntnis über die globale Zerstörung nicht bald durchsetzt, kommen alle Rettungsmaßnahmen zu spät

Von Dietmar Rauter

Vor wenigen Tagen hat das Bundesverfassungsgericht eine Klage von jungen Menschen, die von der Deutschen Umwelthilfe unterstützt wurde, gegen ein unzureichendes Klimaschutzgesetz gar nicht erst zur Behandlung angenommen. Und das, nachdem erst im letzten Jahr in der gleichen Instanz der Gesetzgeber das Recht der jüngeren Generation für einen umfassenden Klimaschutz ins Stammbuch geschrieben hatte. Wie kann es dazu kommen, dass angesichts der vielen nicht mehr zu übersehenden Auswirkungen der Klimakatastrophe sich Richter – oft alte Männer ohne Zukunft – weigern, „aus Überlastung“ die Klage überhaupt anzunehmen?

In dieser Verdrängungsgesellschaft, in der ein immer größerer Anteil der Bevölkerung, insbesondere die mittleren Jahrgänge, gar nicht mehr zur Wahl geht, herrscht Ratlosigkeit vor. Insbesondere angesichts der nicht besonders rosigen Aussichten in Bezug auf Klima und Arbeitsplatzsicherheit und jetzt auch noch

der Inflation. Die Angst vor einer Debatte über einen Wohlstandsverzicht bei den zur Wahl stehenden Parteien, den die meisten Mitmenschen durchaus auf der Rechnung haben, führt nicht dazu, das Vertrauen der Wähler*innen in ein glaubwürdi-

Den Apologeten der Marktwirtschaft ging es stets um ihren Profit. Umweltschutz musste sich unterordnen

ges parlamentarisches System, das die Klimakatastrophe im Griff hat, zu stärken. Im Gegenteil: Wenn ausgerechnet „Grüne“ jetzt erst – fast überrascht – in der absoluten Notlage Sparmaßnahmen bei Gas und Strom einfordern, die eigentlich immer schon erwartet wurden, dann beweist dies die Scheuklappenmentalität der Politiker, die einen ehrlichen Dialog, was Maßnahmen wie etwa Kreuzfahrten verbieten angeht,

meiden wollen. Jetzt erst beginnt einem sogenannten „Wirtschaftsminister“ ohne ökonomische Vorkenntnisse, der immer schon das Verbrauchens fossiler Energien teurer machen wollte – was auch richtig ist, – zu dämmern, in welcher desolaten Lage sich die Apologeten der Marktwirtschaft befinden. Diesen ging es stets um ihren Profit, dem sich Umweltschutz, gewerkschaftliche Rechte und Menschenrechte unterzuordnen hatten. Zum Beispiel indem sie vor Jahren klimaschädigende Produktion nach China oder in abhängigere Staaten verlagerten, wo sie mit weniger Auflagen oder Besteuerung rechnen konnten. Jetzt erst verstehen wir, was die Helfershelfer der großen Klimaverbrecher von der Stahl- und Automobilindustrie, der Chemie, die uns das Plastik und schädliche Düngemittel untergejubelt haben, wie ein Gerhard Schröder mit seinem billigen Gasdeal zugunsten der Konzerne, in ihrem mörderischen Wettbewerb um sinkende Profite so bewirkten.

Jetzt erst, da Putin in seinem Abwehrkampf gegenüber demokratischen Bewegungen, wie sie in Bela-

rus gerade noch niedergehalten werden konnten, einen Krieg anzettelt.

Oder die chinesische Führung jetzt den Spieß umdreht und gern das „westliche“ Know-how übernimmt, aber sonst den Globalisten von außerhalb den Stinkefinger zeigt.

Das Gerede von der Überlegenheit eines westlichen demokratischen Systems relativiert sich gerade angesichts der Tatsache, dass die ökonomischen Grundlagen für einen Wohlstand im Kapitalismus volatil sind. Know-how zugunsten einer Profitwirtschaft lässt sich nicht fesseln. Ohne Rohstoffe und bei einer hohen Staatsverschuldung der westlichen Systeme droht eine systembedingte Krise. Wenn sich die Erkenntnis über den Zustand der globalen Zerstörung nicht weltweit durchsetzt, kommen alle Umweltschutzmaßnahmen zu spät.

Vielleicht ist das nicht angemessene Urteil des Bundesverfassungsgerichts ein stilles Eingeständnis, dass das Problem der jungen Leute um Fridays for Future nicht mehr allein von Deutschland aus zu lösen ist.

Freiwillig geht gar nicht

Natürlich bin ich solidarisch. Den Soli für den Aufbau im Osten habe ich schon immer gerne gezahlt. Starke Schultern müssen etwas tragen. Deshalb wäre ich auch nicht dagegen, wenn jemand einen Soli für die Bundeswehr vorschlagen würde. CDU-Chef Friedrich Merz hat ja demontiert, dass er das in die Diskussion bringen wollte. Aber wie gesagt, würde es jemand fordern, ich wäre dabei. Ich bin dafür, wenn bei so einer Sache alle mitmachen – ganz sauber gesetzlich geregelt. Gar nichts anfangen kann ich dagegen mit so freiwilligen Sachen. Wenn mir jemand sagt, ich soll aus freien Stücken darauf verzichten, mit 200 Stundenkilometern über die Autobahn zu fahren, obwohl mein Auto es hergibt – nur weil das dem Klima nutzen soll. Oder wenn ich freiwillig mehr Geld für Kaffee oder Tee bezahlen soll, damit es den Bauern in Guatemala oder Sri Lanka etwas besser geht. Und das soll dann solidarisch sein? Für mich ist das eine Ungerechtigkeit, weil ich mehr bezahle und mein Nachbar weniger. Weil ich zwar nicht mehr so viel Kohlendioxid in die Luft puste, andere aber weiter rasen. Ich nehme schließlich auch nicht in der Food-Coop die schrumpeligen Tomaten und lasse den anderen die frischen.

Wie bitte? Ich soll da was falsch verstanden haben? Solidarität heißt vorangehen, im Vertrauen darauf, dass die anderen schon noch nachkommen werden? Solidarität heißt, ein paar von den schrumpeligen Tomaten nehmen und ein paar von den frischen? Ich werde mal darüber nachdenken.
Ulrich Nettelstroth



Elisabeth Eberstein, Berlin

„Echte Solidarität bedeutet, allen Menschen denselben Anteil an den Ressourcen der Welt zuzugestehen. (Auch wenn mir bewusst ist, dass ich als Bürgerin eines der reichsten Länder der Welt ein Vielfaches von dem verbrauche, was mir zusteht.“



Robert Köster, München

„Nur mit Solidarität wird Fortschritt für unsere Gesellschaft auch nachhaltig. Deshalb: Mehr Solidarität wagen, mehr Solidarität leben, egal ob in Genossenschaften, Gewerkschaften und anderen gemeinnützigen Organisationen.“